

BILDUNGS-
LÜCKE !
PISA GRÜßT



DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

März
2003

Proteste

Inhalt:

Licht und Schatten beim Ergebnis

Zum Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

von Marian Janka S. 3

Warten bei der Caritas

Verena Escherich spricht mit Wolfgang Becker-Freyseng S. 5

Eine Runde, die Maly verzweifeln lässt

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 5

Demontage eines einheitlichen öffentlichen

Dienstes: Modell Berlin

von Ilse Schaad S. 6

Rettet die kommunalen beruflichen Schulen

Demonstration der GEW München S. 9

Nürnberger Entschließung

zum Erhalt der Kommunalen Schulen

Entschließung von Schulpersonalräten der Schulstädte Augsburg, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg S.10

Dienstliche Beurteilung: Back to the seventies?

von Gele Neubäcker S.11

Bildungsgutscheine:

Der stille Triumph der Chicago Boys

von Dr. Hajo Dröll S.14

Wegfall der Beihilfe für Arbeitnehmer des öD

von Hans Schuster S.16

Trotzdem, lohnt es sich trotzdem!?

Angestellte LehrerInnen in der GEW
von Werner Wiedemann S.16

Glückwünsche S.18

Bildungsoffensive - die zweite?

von Schorsch Wiesmaier S.18

Kein Krieg für Öl S.19

Krippen - Kindergärten - Horte:

Abwicklung der Altlasten schreitet voran

von Günther Schedel-Gschwendtner S.20

Veranstaltungen S.23

Kontakte S.24

Es heißt ja gemeinhin, dass Gewerkschaften ihre Erfolge immer eine Nummer zu groß darstellen. Dieser Vorwurf scheint uns nicht zu treffen, denn wir haben in der letzten Ausgabe unseren ErzieherInnen tag in Regensburg viel zu bescheiden dimensioniert. 45 TeilnehmerInnen schrieben wir **450** aber waren es. Aufmerksame LeserInnen konnten das der vorherigen Ausgabe schon entnehmen. Für alle anderen sei es hier nachgetragen. Die Null war irgendwie unbemerkt verschwunden. Entschuldigung, liebe Fachgruppe SozPäd. Die Sätzerin.

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Einfluss der Wirtschaft wächst ...

... wenn es nach dem Willen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag geht. Sie legte einen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes vor, der u. a. eine Beteiligung des Hochschulrates an der Wahl der Hochschulleitung in Form einer Stellungnahme vorsieht. Begründet wird dieser Änderungsvorschlag mit der Behauptung, dass der eingebrachte externe Sachverstand sich bewährt habe, weshalb dessen Stellung gestärkt werden müsse.

Dem 8-köpfigen Hochschulrat der TU München gehören folgende illustre Persönlichkeiten an: Prof. Dr. h.c. Roland Berger (Roland Berger & Partner GmbH) • Dr. Bernd Pitschesrieder (Vorsitzender des Vorstandes der Volkswagen AG) • Dr. Henning Schulte-Noelle (Vorsitzender des Vorstandes der Allianz AG) • Dr. Dieter Soltmann (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gabriel Sedlmayer Spaten-Franziskaner-Bräu KGaA, der Löwenbräu AG und der Meggle GmbH) • Dr. Heinrich von Pierer (Vorsitzender des Vorstandes der Siemens AG).

Der 10-köpfige Hochschulrat der LMU München schmückt sich u.a. mit Herzog Franz von Bayern (Chef des Hauses Wittelsbach) • Prof. Dr. Hubert Burda (Vorsitzender des Vorstands der Burda Holding GmbH & Co. KG) • Prof. Dr. Herbert A. Henzler (McKinsey & Company, Inc.) • Dr. Jörg Mittelsten Scheid (Persönlich Haftender Gesellschafter von Vorwerk & Co.) • Dr. Albrecht Schmidt (Sprecher des Vorstandes der Hypo Vereinsbank AG) • Prof. Dr. Wilhelm Simson (Vorsitzender des Vorstandes der E.ON AG).

Noch Fragen?

Die GEW hatte bei Einführung des Hochschulrates vor dessen allzu großer Einflussnahme gewarnt. Dies wurde damals mit dem Hinweis auf eine lediglich beratenden Funktion abgeschmettert. Einmischen in die zentrale Personalentscheidung kann aber kaum noch als Beratung qualifiziert werden; sondern stellt einen weiteren Meilenstein der Entdemokratisierung der Hochschulen dar.

Wir danken unserer Kollegin Brigitte Richter für diese Information und wünschen eine interessante Lektüre (vielleicht auch in Erinnerung und das Schwerpunktthema unseres letzten Heftes).

Karin Just

Ansprechpartner bei Fragen zum Studium, Zukunft und GEW-Hochschulgruppen:

Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS)

Sprechzeiten im Büro für Studierende (bfs) der GEW Bayern:

Dienstags von 16.00 - 18.00 Uhr unter 089-54 40 81 16

e-mail: studis.info@bayern.gew.de

oder Philipp Heinze, LASS-Sprecher: Tel.: 0171-1 23 30 79

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-544 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-538 94 87
e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Gerhard Endres, Johannes Glötzner, Hannes Henjes, Jörg Nellen, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ursula Renate Riedner, Ute Schmitt, Ernst Wilhelm.

Bildnachweis (nur soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt):

Alle Demonstrationsfotos sind von Karin Just

Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- Euro zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer Euro 3,50.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme von Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Gestaltung: Karin Just

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst:

Licht und Schatten beim Ergebnis

Ausgangspositionen

Bei der Entgeltrunde Ende 2002 war der öffentliche Dienst ganz am Ende der letztjährigen Entgeltrunden, da die Metallindustrie und andere große Bereiche bereits im Frühjahr abgeschlossen hatten, im Schnitt mit über 3 bis ca. 4 Prozent.

Forderungen der Gewerkschaften (ver.di, GEW, GdP)

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GEW und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gingen dieses Mal erstmals mit Forderungen in die Tarifaueinander-setzung, die ganz nah am Abschluss sein sollten: v. a. allge-meine Entgelterhöhung mit »deutlich über 3 Prozent « und einer Laufzeit von 1 Jahr und endgültige Vereinbarung zur Angleichung der Osteinkommen auf 100 Prozent bis spätestens 2007.

Positionen der Arbeitgeber

Die öffentlichen Arbeitgeber Bund, Länder und Ge-meinden beharrten auf einer Nullrunde. Der bayerische Fi-nanzminister Faltlhauser als derzeitiger Tarifführer der Län-der schlug sogar die Kündigung der Tarifverträge über Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld mit dem Ziel einer deut-lichen Absenkung vor.

Verhandlungen und Warnstreik

Obwohl die Gewerkschaften auf die eigentlich über-flüssigen Rituale verzichten wollten, mauerten die Arbeit-geber, indem sie zunächst überhaupt keinerlei »Angebot« aufstellten, sondern nur auf ihre »leeren Kassen« verwie-sen. Als sie sich dann doch bequemten, ein »Angebot« zu präsentieren, lief dieses unterm Strich auf eine Minus-Run-de hinaus. Es war klar, dass sich die Gewerkschaften das nicht bieten lassen konnten. Klar war von vornherein, dass die Tarifrunde kein Zuckerschlecken sein würde, sondern ein gutes Ergebnis nur durch Kampfaktionen durchzuset-zen sein würde. Es gab also in West und Ost von vornherein starke Warnstreikaktionen und die offenen Vorbereitungen von Urabstimmungen und Erzwingungsstreik. Ver.di mo-bilisierte unter anderem im öffentlichen Nahverkehr und bei den Ver- und Entsorgungsbetrieben (im Westen stark, im Osten schwächer, da dort viele dieser Betriebe privati-siert wurden), die GEW vor allem im Osten in Schulen

und Kinder-tagesstätten, aber auch im Westen (auch in Bayern), die GdP auch vor allem im Osten.

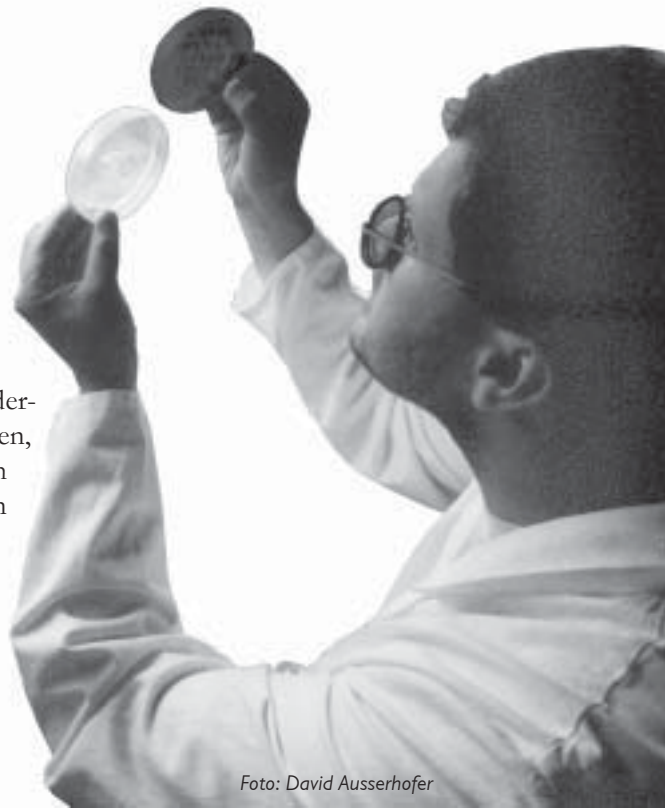


Foto: David Ausserhofer

Abschluss: mehrheitlich angenommen – Laufzeit 27 Monate

Nach einem etwa 30-stündigen Verhandlungsmarathon in Potsdam einigten sich die Verhandlungspartner dann auf einen Abschluss mit verschiedenen Komponenten und mit einer Gesamtlaufzeit für die Entgelterhöhungen von 27 Mo-naten, das heißt bis 31.1.2005. Dieses Verhandlungsergeb-nis wurde schließlich von der Bundestarifkommission Öff-fentl. Dienst von ver.di mit großer Mehrheit, der Großen Tarifkommission der GEW mit 14:9 und der GdP mit Mehr-heit angenommen.

Wesentlich für die mehrheitlichen Zustimmungen wa-ren die Überlegungen, dass mit einem Erzwingungsstreik ein besseres Ergebnis kaum zu erreichen wäre. Die lange Laufzeit wurde akzeptiert, da die Gewerkschaften einschätz-ten, dass 2004 die Haushaltslage der öffentlichen Arbeit-geber garantiert nicht besser als jetzt sein dürfte.

Ergebnis im Einzelnen – was heißt das konkret?

Die Entgelte steigen stufenweise: de facto für die Mo-nate Nov. und Dez. 2002 gibt es einen Einmalbetrag von 7,5 % des Dezemberentgelts (maximal 185 EUR im Wes-ten, 166,50 EUR im Osten). Die Tabellenentgelte steigen dann in 3 Stufen: 2,4 % ab 1.1.2003 (für die Angestellten-gruppen ab BAT III aufwärts aber erst ab 1.4.2003), ab 1.1.2004 kommt 1 % dazu und ab 1.5.2004 nochmal 1 %. Zusätzlich gibt es Ende 2004 noch einmal einen Einmal-betrag von 50 EUR im Westen, 46,25 EUR im Osten (das ist zumindest ein kleiner Kontrapunkt gegen die Absich-ten der Arbeitgeber, das Weihnachtsgeld weiter zu strei-chen oder ganz wegfallen zu lassen).

Verbindlich vereinbart wurde die Ostangleichung bis Ende 2007 für die unteren Entgeltgruppen bis einschl. BAT Vb, für die oberen Entgeltgruppen im BAT bis Ende 2009. Außerdem wurden die nächsten 2 Steigerungen vereinbart: von bisher 90 % des Westniveaus 1 % mehr ab 1.1.2003 und dann 1,5 % zum 1.1.2004. Diese Regelungen sind vereinbarungsgemäß nicht mehr kündbar.

Sehr kritisch ist allerdings zu sehen, dass im Osten die meisten Lehrkräfte und ErzieherInnen mit Zwangsteilzeit vorlieb nehmen mussten und WissenschaftlerInnen generell (in Ost und West) bei Teilzeitbezahlung fast volle Leistung bringen müssen. Für diese wirken sich die spätere Anhebung der laufenden Entgelterhöhung erst zum 1.4.2003 und die noch mal um 2 Jahre auf 2009 hinaus geschobene Ostangleichung besonders negativ aus. Dieses waren auch entscheidende Gründe für die Ablehnung des Verhandlungsergebnisses (bei der GEW v. a. durch die Ost-Vertreter und auch meinerseits (Wir vertreten seit mehreren Jahren die Position, dass die Ostangleichung Priorität haben muss, denn je länger sich der Prozess hinzieht, desto eher versuchen die Arbeitgeber, das Ost-Niveau auf den Westen zu übertragen – wie sie es bezüglich der Beamtensoldung und der weiteren Auswirkungen auf den Tarifbereich bereits offen formuliert haben).

Für diese Entgeltsteigerungen haben die Gewerkschaften aber einige »Kröten« zu schlucken. Der eine freie AZV-Tag (Arbeitszeitverkürzung) wurde gestrichen (entspricht beim Entgelt einer Senkung von ca. 0,45 %); allerdings hatten die angestellten Lehrkräfte diesen wegen ihrer Pflichtstundenregelungen sowieso nicht. Bei den automatischen Entgeltsteigerungen alle 2 Jahre gibt es in 2003 und 2004 im 1. Jahr nur noch 50 % mehr, dann läuft es wie bisher. Die ArbeitnehmerInnen im Osten müssen künftig einen Eigenanteil zu ihrer zusätzlichen betrieblichen Altersversorgung (Zusatzversorgung) zahlen. Außerdem dürfen die Arbeitgeber ab Dezember 2003 die Entgelte statt am 15. am Letzten des Monats auszahlen. Das bisherige Weihnachtsgeld bleibt im Euro-Betrag weiter eingefroren.

Arbeitgeberreaktionen nach dem Abschluss

Das Land Berlin hat noch auf die Schnelle mit Zustimmung des entsprechenden Arbeitgeberverbands seinen Austritt aus dem Arbeitgeberverband erklärt, um die Verhandlungsergebnisse dieser Entgeltrunde nicht überneh-

men zu müssen. (Siehe auch Seite 6 dieser DDS. Die Redaktion) Da werden die Gewerkschaften nun in »Häuserkämpfen« den Anschluss wieder herzustellen versuchen. Andere Arbeitgeber, etliche Kommunen und ein paar Länder (auch Bayern) haben nach der Tarifeinigung erklärt, sie wollten sich den Austritt aus dem Arbeitgeberverband überlegen. Dazu ist zu sagen: Der jetzige Tarifabschluss gilt für diese sowieso, die Angleichung der Osteinkommen auf 100 % muss spätestens 2007 bzw. 2009 auch von diesen mit vollzogen werden.

Gewerkschaften nach dem Abschluss

»Gewerkschaftsobere« versuchten in ihren Veröffentlichungen, das Gesamtergebnis als Abschluss mit 4,46 % zu »verkaufen«, obwohl die gewerkschaftliche »Tarifmathematik« bisher immer auf der Basis der Steigerung pro Jahr gerechnet hat. Das ist eindeutig Schönfärberei. Real kommen grob vielleicht 2 % mehr raus. Nicht nur in den Tarifkommissionen wurde Kritik geübt, sondern auch an der Basis der Gewerkschaften. Wurde ein besseres Ergebnis verschenkt, indem auf den Erzwingungsstreik verzichtet wurde? Es wurde auch kritisiert, dass die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer kein Mandat gehabt hätten, einer Arbeitszeitverkürzung (Streichung des AZV-Tages) zuzustimmen. Damit würden künftige Arbeitszeitverkürzungen behindert.

Modernisierung des öffentlichen Tarifrechts

Beim Tarifabschluss wurde auch eine »Prozessvereinbarung« zur Modernisierung des öffentlichen Tarifrechts abgeschlossen (das betrifft das ganze Tarifwerk: Mantel, Entgelte u. a.).

Was steht nun für die Gewerkschaften an?

Bis 31. Januar 2005 ist ja nun doch einige Zeit, die genutzt werden sollte, z. B. um die Modernisierung des Tarifrechts innergewerkschaftlich breit anzugehen, um mehr Mitglieder zu werben, um die Aktivitäten der Gewerkschaftsmitglieder zu steigern (bei Betriebsgruppen, auch in den Personal- und Betriebsräten und auch in der nicht nur betrieblichen Öffentlichkeit bis hin zu geeigneten Aktionen und ggf. Kampfmaßnahmen). Ganz wichtig sind gewerkschaftliche Kampagnen für eine deutlich bessere Ausstattung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen.

Also: **Nicht Ausruhen, sondern in die »Eisen steigen« ist angesagt.**

von Marian Janka

Mitglied der Großen Tarifkommission der GEW
e-mail: marian-janka@t-online.de



Warten bei der Caritas

Am Telefon Wolfgang Becker-Freyseng,
Arbeitsrechtliche Kommission
des Deutschen Caritasverbandes

DDS: Im Januar kamen die Tarifparteien des öffentlichen Dienstes zu einer Einigung. Was bedeutet das Ergebnis für die Beschäftigten der Caritas und ihrer Fachverbände?

Wolfgang Becker-Freyseng: Vermutlich werden die Dienstgeber die Entscheidung wieder bis in den Herbst hinein aussitzen. Ich rechne nicht damit, dass in den nächsten beiden Sitzungen im März oder Mai ein Ergebnis vorliegen wird.

DDS: Warum dauert das so lange?

Wolfgang Becker-Freyseng: Die Dienstgeber sind sich sehr uneinig in der Frage, den BAT-Abschluss zu übernehmen. Manche wollen ganz aus den Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) aussteigen. Andere versuchen schon im Vorgriff den AZV-Tag (auch AVR- oder BAT-Tag genannt) entsprechend



dem öffentlichen Dienst zu streichen. Dafür gibt es in den AVR bisher aber keine rechtliche Grundlage.

DDS: Wenn Beschäftigte den AZV-Tag jetzt nehmen, kann er dann nach einem entsprechenden Beschluss nachträglich gestrichen, d.h. in einen Urlaubstag umgewandelt werden?

Wolfgang Becker-Freyseng: Nein, das ist nicht rechtmäßig.

DDS: Was ist die Position der Arbeitnehmer-Seite?

Wolfgang Becker-Freyseng: Wir fordern die Übernahme des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes mit Punkt und Komma. Um drohende Schließungen zu verhindern, werden wir eine zeitlich befristete Öffnungsklausel für notleidende Einrichtungen und Dienste ausarbeiten. Eine solche Härtefallklausel gab es bereits während des vorigen Tarifzeitraums.

DDS: Danke für das Gespräch!

Das Gespräch führte **Verena Escherich**
Sozialpädagogin und DDS-Redakteurin



Eine Runde, die Maly verzweifeln lässt!

In den »Nürnberger Nachrichten« hat der Nürnberger Oberbürgermeister Maly die Tarifrunde im öffentlichen Dienst bewertet. »Wirklich verzweifelt« ist Maly über die Beschränkung der Tarifverhandlungen auf reine Prozentpunkte. »2,5 oder 2,8 Prozent mehr – dafür kann ich mir mit meinen Bezügen eine schöne Woche Urlaub mit der Familie leisten, für einen Arbeiter bringt das aber gerade mal einen Besuch beim Schnellimbiss extra«, rechnet er. Dass weder Arbeitgeber noch die Gewerkschaft und auch nicht die Schlichter eine überdurchschnittliche Anhebung der unteren Einkommensgruppen auf die Tagesordnung der Gespräche gesetzt haben, das will Maly nicht in den Kopf.

Die ungeliebte Tarifforderung

Der OB Nürnbergs klagt zu Recht, dass die geforderte lineare Lohnerhöhung von 3 % gerade jene krass benachteiligt, die dringend Geld zum Leben brauchen, Spitzenverdiener dagegen noch weiter subventioniert: bei angenommenen 2000 EUR brutto ergäben sich exakt 60 EUR, bei 4000 EUR aber das Doppelte: 120 EUR!

Es erscheint geradezu paradox, dass bei einem immer kleineren Anteil vom Kuchen auch dieser Anteil nochmals höchst ungerecht verteilt wird.

Die GEW Bayern hat frühzeitig eine sozial gerechte, der Lohnverteilung im öffentlichen Dienst entgegengesetzte Forderung aufgestellt, die sozialpolitisch Sinn macht und von der auch die profitieren, die letztendlich einen Arbeitskampf ausfechten – die unteren und mittleren Lohngruppen des BAT (Bundesangestelltentarif).

Unsere Option war es, die Ortszuschläge nach oben anzugleichen und dann noch einen Rest als Inflationsausgleich allgemein zu verteilen.

Leider waren wir damit, auch in der GEW auf Bundesebene, chancenlos – noch, denn die Zeit arbeitet für unsere Forderung:

Wenn man davon ausgeht, dass die Lohnhöhe im öffentlichen Dienst allein nichts über persönliche Leistung, viel aber über Schulabschlüsse aussagt, dann muss ein System, das wie der BAT an das Beamtenrecht angelehnt ist, grundsätzlich verändert werden. Arbeitslohn muss zuallererst nach seinem Gebrauchswert betrachtet werden, d.h. er muss dazu taugen, davon den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Bei manchen Vergütungsgruppen reicht der Tariflohn aber schon nicht mehr dazu, Mieten zu bezahlen, während Spitzenverdiener sich um die günstigste Anlageform ihres Vermögens sorgen.

Wohlgemerkt, es geht nicht um ein geringeres Volumen, sondern um eine andere Optik der Verteilung! Solidarität in der Tarifpolitik bedeutet eben nach jahrzehntelanger scherenartiger Auseinanderentwicklung der Einkommen ein Opfer der Besserverdienenden!

von Günther Schedel-Gschwendtner
Sekretär des Sozialpädagogischen Büros der GEW
Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de





Demontage eines einheitlichen öffentlichen Dienstes: Modell Berlin

Fast überall, insbesondere in Ländern und Kommunen, ist die Haushaltslage der öffentlichen Hand katastrophal. Die Folgen einer unüberlegten und perspektivlosen Umverteilungspolitik von unten nach oben sind unübersehbar. Ausgerechnet im Lande Berlin und unter der Führung einer sozialdemokratisch-sozialistischen Landesregierung, wird nun die selbst geschaffene Situation ausgenutzt, um Leistungen des öffentlichen Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger auf der einen und Einkommens- und Arbeitsbedingungen für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten auf der anderen Seite gnadenlos zu demontieren.

Die seit 1992 eingeschlagene Politik der Arbeitsplatzreduzierung im öffentlichen Dienst Berlins – immerhin ca. 100.000, davon 60.000 finanzwirksam – wird nun ergänzt und öffentlich propagiert als Politik einer Kürzung der Ausgaben pro Stelle.

Im Jahr 2002 konfrontierte der Berliner Senat aus SPD und PDS die Öffentlichkeit und die Gewerkschaften mit einem sogenannten Solidarpaktultimatum, dessen einziges Ziel es war, durch Arbeitszeitverlängerung und Kürzungen von Einkommensbestandteilen insgesamt 1,75 Milliarden EUR bis zum Jahre 2006 einzusparen.

Die Instrumente, mit denen dieses Finanzziel erreicht werden sollte, hätten sowohl im Tarif- als auch im Beamtensoldungsbereich bedeutet, dass die bundesweit bestehenden Tarifverträge und Gesetze für berlinspezifische Regelungen geöffnet werden.

Diesem Ansinnen haben sowohl die öffentlichen Arbeitgeber als auch die Einzelgewerkschaften ihre Zustimmung verweigert. Die Annahme dieses Ultimatums hätte zu erheblichen finanziellen Einbußen von bis zu 18 % bei den Beschäftigten geführt, Berlin aus den bundeseinheitlichen Bezahlungssystemen herausgelöst, gleichzeitig aber – und das wurde sogar von der Landesregierung nicht bestritten – wäre der Landshaushalt damit nicht saniert.

Am 17. Oktober 2002 brach der Senat in gespielter Empörung die Gespräche mit den Gewerkschaften ab, weil sie nicht bereit waren, das Ultimatum bedingungslos zu akzeptieren. Die von Gewerkschaftsseite angebotenen Kostenreduzierungen wurden vom Tisch gewischt. Stattdessen setzte der Senat einseitige Maßnahmen im Beamtensoldungsbereich um. Der Senat verfügte eine Arbeitszeiterhöhung für alle Landesbeamten von 40 auf 42 Stunden sowie eine Pflichtstundenerhöhung für alle Lehrkräfte um 0,5 bis 4 Pflichtstunden pro Woche. Gleichzeitig wurde der Austritt aus den Arbeitgeberverbänden VAdöD und KAV zum 31.01.2003 unter Nutzung eines selbst geschaffenen Sonderkündigungsrechtes beschlossen.

Vor dem Hintergrund einer möglichen Tarifeinigung im Januar 2003 kündigte das Land Berlin schließlich panikartig und fristlos am 7. Januar 2003, mit Wirkung zum 8. Januar 2003, die Mitgliedschaft in beiden Arbeitgeberverbänden, um eine mögliche Einigung im öffentlichen Dienst nicht gegen sich wirken zu lassen.

Angesichts dieser Situationen beschlossen die öffentlichen Dienstgewerkschaften in Berlin (ver.di., GEW, GdP und IG Bau) sehr schnell eine Tarifgemeinschaft zu bilden, um die notwendigen Verhandlungen mit dem Land Berlin einheitlich führen zu können.

Unmittelbar nach dem erfolgten Austritt aus den Arbeitgeberverbänden forderte die Tarifgemeinschaft den Innensenator zu Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Landes Berlin auf mit der Forderung, umgehend einen Anwendungstarifvertrag zur vollständigen Übernahme des bundesweit erzielten Tarifergebnisses zu unterzeichnen.

Seit dem 17. Januar fanden zwei Sondierungen statt. Für den 26. Februar ist der erste Verhandlungstermin vereinbart.

Das Land Berlin bietet weiterhin und unverändert die Kürzungen von 1,75 Milliarden EUR direkt aus dem Portemonnaie der Beschäftigten an.

Der Fall Berlin geht alle an

Das Vorgehen des Landes Berlin ist einmalig in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik, deshalb waren sich die öffentlichen Dienstgewerkschaften in allen Bundesländern und auf Bundesebene auch schnell einig, dass hier die Interessen aller, nicht nur die der Berliner Beschäftigten, betroffen sein würden.

Der Fall »Land Berlin« hat bundesweite Bedeutung. Ausgerechnet Rot-Rot wird zum Vorreiter, ein bewährtes einheitliches Tarifvertragssystem zu unterlaufen. In offensichtlicher Verkennung der tatsächlichen politischen Auswirkungen prahlt der Regierende Bürgermeister Berlins auch noch mit seiner Tariffucht.

Am 7. Februar, im Rahmen des zweiten Sondierungsgesprächs, präsentierte der Senat 10 Eckpunkte als Ziele seiner Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft Berlin. Prämisse des Senats ist, so die fast tägliche Durchsage an die Berliner Presse: »Mit uns kann über alles verhandelt werden, nur nicht über Geld.«

Nach wie vor wird die Summe von 1,75 Milliarden EUR als Einsparsumme diktiert. Sie soll nun erreicht werden durch:

- die Anrechnung der seit 1994 durchgesetzten Einkommensangleichung im Tarifgebiet Berlin-Ost,
- genereller Verzicht auf Tariferhöhung bis 2006,
- Rückkehr in das einheitliche Tarifsystem erst wenn die extreme Haushaltsnotlage in Berlin beseitigt ist,
- Verzicht auf das Urlaubsgeld,
- Verzicht bzw. Kürzungen des Weihnachtsgeldes ab Vergütungsgruppe VI b,
- Anwendung des Tarifvertrages soziale Sicherung Ost, d. h. Zwangsteilzeit für alle.

Dafür will der Senat:

- auf betriebsbedingte Kündigungen für den unmittelbaren Landesdienst über das Jahr 2004 hinaus, für zwei weitere Jahre verzichten,
- die Arbeitszeit Ost von 40 auf 38,5 Wochenstunden in Stufen verkürzen,
- die Pflichtstundenerhöhung für angestellte Lehrkräfte zurücknehmen und
- Auszubildende für ein Jahr in ein Angestelltenverhältnis übernehmen.

Der Berliner Senat hatte unmittelbar nach seinem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden andere eigenständige Arbeitgeber wie die Berliner Universitäten und Stiftungen massiv unter Druck gesetzt, ebenfalls aus den Arbeitgeberverbänden auszutreten. Die Universitäten und Stiftungen haben diesem Druck nicht standhalten können und sind ebenfalls aus den Arbeitgeberverbänden geflüchtet, teilweise rückwirkend und ohne entsprechende Gremienbeschlüsse herbeizuführen. All dies wird in den kommenden Wochen und Monaten die Gerichte beschäftigen.

Drastische Einkommensverluste

Die Umsetzung der Forderungen des Berliner Senats würden sich auf jeden einzelnen Beschäftigten in Form von dramatischen Einkommensverlusten auswirken. So würde beispielsweise eine in BAT III eingruppierte Lehrkraft im Tarifgebiet West ca. 20.000 EUR, eine Erzieherin in Vergütungsgruppe Vc ca. 12.000 EUR verlieren.

Ausnahmslos waren die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihre Gewerkschaften in den vergangenen Wochen und Monaten einer medialen Berichterstattung ausgesetzt, die von Angriffen und Polemiken über das »Ruhekissen öffentlicher Dienst« und die »sturen Betonköpfe in den Gewerkschaften« geprägt waren. Zu erwarten ist, dass diese Angriffslinie vom Senat bewusst gepflegt und von den Medien unkritisch weitergegeben wird. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften haben sich darauf eingestellt, dass SPD und PDS keine Gelegenheit auslassen werden, ihre erpresserische Politik als alternativlos darzustellen und sie werden weiterhin damit in Teilen der Bevölkerung und der Presse Gehör finden. Der Senat nutzt dabei bewusst und zielgerichtet Arbeitsplatzängste aller Beschäftigten zur Durchsetzung seiner unausgewiesenen und unseriösen Haushaltspolitik aus. Er will damit die Bereitschaft der Beschäftigten zum individuellen Verzicht erhöhen, ohne dass gleichwertige Garantien und Sicherheiten angeboten werden. Die Finanzpolitik des Landes Berlin, geprägt durch Vetternwirtschaft und parteipolitisch motivierte Subventionspolitik, ist eine Ursache der Haushaltsmisere. Bundesweit bekannt wurde der Skandal um die Berliner Bankgesellschaft. Hier bietet der Berliner Senat weder Umsteuern noch Korrekturen an.

Die Beschäftigten sind sich sicher, die geplanten Einkommenskürzungen würden genau wie die Kürzungen aus den ca. 60.000 Stellen seit 1995 in den schwarzen Haushaltslöchern des SPD/PDS-Senats verschwinden. Eine Perspektive für die Beschäftigten über ein Ende des von ihnen geforderten Verzichtes gibt es nicht.

Auf Seiten der Gewerkschaften gibt es keine Bereitschaft, die Tariffucht des Landes Berlin zu belohnen. Es muss alles daran gesetzt werden, dass klammheimliche Überlegungen auch in anderen Bundesländern und in den Kommunen über die Zerschlagung des bundeseinheitlichen Tarifsystems im Keime erstickt werden. Dazu Bedarf es der Solidarität aller Gewerkschaften in Bund und Ländern.

von Ilse Schaad

Leiterin Referat A der GEW Berlin



Auf silbernem Tablett



präsentieren die Verbände des Bayerischen Beamtenbunds BLLV, bpv, brlv, KEG und VLB

- die Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 70%,
- die Streichung des Urlaubsgeldes.

»Diesen Vorschlag tragen wir voll mit!« so Rolf Habermann (BLLV, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbunds und auch des Hauptpersonalrats am Kultusministerium)

Uns reicht's!

Uns reicht das Vorgehen des Beamtenbundes. Uns reicht es, dass der Beamtenbund die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst nur als Zaungast mitverfolgt und dann nicht einmal für die Übertragung der von ver.di, GEW und der Gewerkschaft der Polizei hart erkämpften Ergebnisse eintritt. Uns reicht es, dass der Beamtenbund Gehaltskürzungen vorschlägt und gleichzeitig zu einer Demonstration dagegen aufruft.

Die GEW fordert – im Gegensatz zu den Standesverbänden – die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifergebnisse im öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten.

Dieses Motiv wurde als Aushang an unsere Kontaktleute verschickt. Restbestände können in der Landesgeschäftsstelle angefordert werden.



Demonstration der Münchner GEW:



Rettet die kommunalen beruflichen Schulen!

Zwischen 1500 und 2000 Münchner LehrerInnen und SchülerInnen protestierten am 23. Januar gegen die geplanten Sparmaßnahmen der Landeshauptstadt München im Schulbereich. 95 Millionen soll das Schulreferat einsparen. Vor allem die weiterführenden beruflichen Schulen sind davon betroffen. Ca. 40 % ihrer Eingangsklassen will man streichen. Schulschließungen drohen. So führt eine verfehlte Steuerpolitik, die den Großunternehmen nützt und den Kommunen schadet, dazu, dass künftig Tausenden von SchülerInnen die zweite Chance zu einem höheren Bildungsabschluss verwehrt bliebe.

Im Rahmen der GEW-Kampagne »Rettet die Bildung« organisierte die Fachgruppe berufliche Schulen der GEW München diese Demonstration. Sie bildete den Höhepunkt diverser Aktionen, mit denen ein Bündnis aus LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern ihren Widerstand gegen die Sparmaßnahmen artikulierten. Dabei beeindruckte besonders das Engagement der von ihren SMVs mobilisierten SchülerInnen der stark betroffenen Schulen (Fremdspracheninstitut, BOSen und FOSen). Denn die haben ja bereits einen Platz an ihrer Schule. Sie demonstrierten also für diejenigen, die sich künftig an diesen Schulen bewerben wollen und machten somit vor allem deutlich, welche Wertschätzung sie ihren Schulen entgegenbringen.

Vor dem Rathaus trugen SchülerInnen und LehrerInnen in erfrischend kurzen Ansprachen ihren Protest vor. Ein Highlight bot die Theatergruppe der BOS-Technik: frei nach Bertolt Brecht führte sie – sehr professionell – eine kleine »Bildungs-Bettler-Oper« für die Dreigroschenstadt M. auf. Vom Rathaus zog dann der bunte, laute Haufen der Bildungsbettler zum Kultusministerium, wo die unterwegs gesammelten Unterschriften unter die Protestpostkarten mit der Warnung »BIMS – Bildung in München stirbt« übergeben wurden. Viele Passanten hatten unterwegs die Forderungen der Protestierenden unterschrieben:

■ Rettet die Bildung – Nein zum Kaputtsparen des kommunalen Schulwesens!
■ Keine Ausdünnung des Angebots an weiterführenden (beruflichen) Schulen!
■ Der Freistaat muss endlich seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen!
■ Privatisierung ist keine Alternative!

Mittlerweile nahm der Stadtrat die Klassenkürzungen etwas zurück und das Kultusministerium wird eigene Klassen und Schulen einrichten. So scheint zumindest für die künftigen SchülerInnen die zweite Chance auf Bildung gesichert. Wie widersinnig dieser »Kompromiss« trotzdem ist, zeigt der nebenstehende Beitrag.



Bildungs Bettler Oper





Rede von Cornelia Spilling-Dill, Personalratsvorsitzende der BOS Sozialwesen auf der Abschlusskundgebung (Auszüge):



Frau Hohlmeier hat gesagt, dass sie bis zum Schuljahresbeginn im Umkreis München BÖsen und FÖSen für alle Zweige schaffen wird. Frau Burkert, unsere Schulbürgermeisterin, nickte freundlich dazu. Also, ich bitte Sie: Gibt es einen Sinn, bestehende Schulen zu atomisieren?

Ich bin Chemielehrerin und alle meine SchülerInnen wissen: Atome sind absolut instabil – bis auf die Edelgase! Aber Schulen sind keine Edelgase, denn letztere sind äußerst reaktionsträge und scheuen jegliche Verbindung! Schulen sind genau das Gegenteil: Sie sind wichtige Verbände, in denen in großen Gruppen gearbeitet, Sozial- und Teamkompetenz weiterentwickelt wird. Eine Schule mit 5 Klassen – so sähe doch etwa das Konzept von Frau Hohlmeier aus... Wie wollen da KollegInnen im Team arbeiten, wo jede und jeder einzelne die gesamte Fachschaft darstellt? Wie wollen SchülerInnen wichtige Erfahrungen austauschen?

Da es laut Frau Hohlmeier nicht möglich ist, das Schulfinanzierungsgesetz dahingehend zu ändern, dass der Lehrpersonalkostenzuschuss für die Münchner weiterführenden beruflichen Schulen angehoben wird, ohne dass damit alle kommunalen Schulen den gleichen Anspruch hätten, greife ich folgenden oft genannten Vorschlag auf:

Ich fordere, dass den FÖSen und BÖSen ein Sonderstatus bei der Schulfinanzierung zukommt, da sie den Charakter von regionalen und nicht von kommunalen Schulen haben. Dies sollte in Form eines Modellversuchs geschehen, wobei bei der Finanzierung auch die Landkreise mit einbezogen werden, die sich ja durchaus beteiligen wollen. Diese Lösung hätte für alle Vorteile:

- Geringere Kosten für beide Seiten (Stadt und Staat)
- Kontinuität des hervorragenden Unterrichts
- Der Staat muss keine neuen LehrerInnen einstellen, die erst die jahrelange Erfahrung sammeln müssen, die unsere KollegInnen in 30 Jahren Erwachsenenpädagogik miteinander gesammelt und weiterentwickelt haben.

Wofür machen unsere Schulen eigentlich für teures Geld Schulentwicklung? Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, wenn sie dann kaputtgespart werden? Ist es denn in der Schulpolitik nicht möglich, endlich einmal ein Gesamtkonzept für weiterführende berufliche Schulen zu erstellen, das langfristig bestehen kann?

Frau Hohlmeier, Herr Stoiber, Frau Weiß-Söllner, Herr Ude – bitte hören Sie doch endlich auf, Ihre Machtspiele auf dem Rücken unserer SchülerInnen und Lehrkräfte auszuüben! Tun Sie sich zusammen und bedienen Sie sich doch bitte der immer wieder angebotenen Hilfe der Basis, der Leute, die im Alltag mit den SchülerInnen arbeiten, die aus langer Erfahrung wissen, was sinnvoll ist und was nicht, und die nicht vom Schreibtisch aus – fern der Realität – Entscheidungen treffen.



Nürnberger EntschlieÙung zum Erhalt der Kommunalen Schulen

Am 20. Januar 2003 haben sich in Nürnberg Schulreferatspersonalräte der Schulstädte Augsburg, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg getroffen.

Anlass war die mit ihrer finanziellen Situation begründete Absicht dieser Kommunen, das Angebot der von ihnen betriebenen Schulen zu reduzieren, welche teilweise bereits zu entsprechenden Beschlüssen und Maßnahmen geführt hat.

Die Personalvertretungen obiger Städte halten diese Vorgehensweise für nicht akzeptabel. Sie halten aber auch die diesen Entscheidungen zugrunde liegende mangelhafte Finanzunterstützung durch den Freistaat für nicht haltbar.

Die anwesenden Personalvertretungen haben sich deshalb auf die folgende EntschlieÙung verständigt.

Die Personalvertretungen weiterer Kommunen mit eigener Schulträgerschaft sind eingeladen, ihr beizutreten und sie zu unterstützen.

Die Personalvertretungen der Schulreferate der Städte Augsburg, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg fordern:

1. Der kommunale Schulbereich muss erhalten und fortentwickelt werden.
2. Der Freistaat muss die Personalkosten der kommunalen Schulen entsprechend seinem Verfassungsauftrag zur Verfügung stellen.
3. Das Druckmittel der Schließung kommunaler Schulen wird abgelehnt.

Zu 1.) Die Kommunen werden aufgefordert, an den von ihnen betriebenen beruflichen und allgemeinbildenden Schulen mit »freiwilligem« Schulbesuch im Umfang der Nachfrage nach ihnen festzuhalten und das Angebot im Rahmen neuer bildungspolitischer, wirtschaftsstandortlicher und arbeitsmarktspezifischer Anforderungen weiter zu entwickeln.

- Die kommunalen Schulen erweisen sich häufig als Motoren für bildungspolitische Innovationen auf vielen Qualitätsfeldern, z.B. Lehrerfortbildung, EDV-Ausstattung, wegweisende Unterrichtsmodelle und –methoden im Rahmen innerer Schulentwicklung, Qualitätsmanagement.
- Die kommunalen Schulen bieten und sichern ein weit gefächertes Zugangsnetz zu weiterführender Bildung und damit zum Arbeitsmarkt – zugeschnitten auf die Besonderheiten des jeweiligen Wirtschafts- und Dienstleistungsstandorts.
- Die kommunalen Schulen schöpfen ansonsten weniger erfasste Bildungsreserven aus und leisten unverzichtbare Dienste für die Integration von Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen, deren Dringlichkeit gerade erst durch die PISA-Ergebnisse dokumentiert wurde.

Bildung hat ein TOP-Thema der nächsten Jahre zu sein – auf allen staatlichen Institutionsebenen.

PISA kann nicht zur Reduktion schulpolitischen Engagements führen, sondern muss ihm zusätzliches Gewicht verleihen.

- Die Schließung von Schulen, die Reduktion von Eingangsklassen und Einstellungsstopps für Lehrkräfte verringern nicht nur die Breite des bildungspolitischen Angebots, sondern haben kontraproduktive Effekte in Bezug auf die Lern- und Arbeitsbedingungen und damit auf die Effizienz der Schulen.
- Die Standortbedingungen der großen Schulzentren werden nachhaltig geschädigt.
- Die Flexibilität, auf neue Bildungs- und Ausbildungsanforderungen zu reagieren, wird eingeschränkt.

Zu 2.) Die Kommunen mit Schulträgerschaft haben Recht, wenn sie den unzureichenden und ungerechten Finanzierungsbeitrag des Freistaates beklagen und seine Verpflichtung einfordern, sich angemessen an den Ausgaben für die Schulen zu beteiligen.

- Der Sachaufwand wird ohnehin – auch für die staatlichen Schulen – von den Kommunen getragen.
- Der staatliche Anteil an den Personalkosten beschränkt sich – je nach Schulart schwankend – zwischen 50 % und 70 % (im Schnitt 60 %).
- Im Gegensatz dazu werden den privaten Schulträgern 90 % der Personalkosten ersetzt.
- Durch den bestehenden Abrechnungsmodus werden faktisch nicht einmal die schulartbezogenen Prozentsätze erreicht, sondern nur deutlich geringere Anteile (z.B. in Nürnberg durchschnittlich ca. 40 %).
- Diese Entlastung des Staates auf Kosten der Kommunen im Schulbereich widerspricht dem in letzter Zeit diskutierten und akzeptierten Konnexitätsprinzip.

Zu 3.) Die unterzeichnenden Personalvertretungen unterstützen die Forderungen der Oberbürgermeister, Schulreferenten und Kommunalparlamente nach Beendigung der unzumutbar geringen Finanzbeteiligung des Staates.

Abgelehnt wird, dass dafür der Bestand der kommunalen Schulen als Druckmittel eingesetzt wird, dass Schließungsentscheidungen gefällt bzw. weiter umgesetzt werden, die letztlich den Ausstieg aus kommunalem Schulengagement signalisieren und kaum mehr korrigierbare Angebotsdefizite bewirken.

Der Schulsektor ist in der Vergangenheit bereits deutlichen Einsparungen unterworfen worden – jede weitere demontiert die Substanz.

Die Personalvertretungen sind der Überzeugung:

PISA zu beklagen, die kommunalen Schulen andererseits lediglich als finanzielle Bürde zu bewerten, zeugt nicht von zukunftsorientiertem Handeln.

Nürnberg, 20. Januar 2003

Dienstliche Beurteilung: Back to the seventies?

Zur Erinnerung: Vor fast genau einem Jahr hat der Bayerische Landtag die Staatsregierung aufgefordert, ein eigenständiges System der dienstlichen Beurteilung der Lehrkräfte zu schaffen und dem Landtag bis spätestens 1. März 2003 zu berichten. Ein entsprechender Bericht lag bei Redaktionsschluss dieser DDS nicht vor und wird voraussichtlich auch am 1. März nicht vorliegen.

Neue Richtlinien nicht nur für LehrerInnen

Inzwischen hat sich auch in den anderen Verwaltungsressorts die Einsicht durchgesetzt, dass die Beurteilung nach der 16-Punkte-Skala und mit vorgegebenen Quoten unsinnig ist. Von allen Seiten ist plötzlich zu hören, man sei immer schon dagegen gewesen, zumindest äußerst skeptisch – gerade so, als wären Richtlinien und Quotierungsvorgaben auf steinernen Tafeln vom Himmel gefallen. Ende November fand eine Expertenanhörung zur Beamtenbeurteilung im Landtag statt, zu der auch nichtbayerische Experten aus Hochschulen und Wirtschaft geladen waren. Seither scheint der Abschied von den 16 Punkten besiegelt.

Derzeit werden 23 »Eckpunkte für ein neues Beurteilungssystem« aus dem Finanzministerium, das als »Beamtenministerium« für derartige Richtlinien federführend ist, diskutiert. Diese sehen Rahmenrichtlinien vor, die in jedem Ministerium tätigkeitsspezifisch zu konkretisieren sind. Es soll zwischen sieben und neun Bewertungsstufen geben, Arbeitserfolg und Verwendungsmöglichkeit sind zu trennen, und es soll keine Beurteilung mehr geben, wenn diese nicht zur Regelbeförderung notwendig ist. Und ganz im Gegensatz zu bisher: »Beurteilung dient der Feststellung von Arbeitserfolg und Verwendungsmöglichkeit; die Motivation der Beschäftigten ist nicht Aufgabe der Beurteilung.« Positiv klingt, dass die Nachvollziehbarkeit der Beurteilung zu gewährleisten ist, dass keine Quoten, sondern Standardwerte zu bilden sind. »Dem Standard entspricht, wer weder positiv noch negativ abweicht; es ist nicht zu beanstanden, wenn mehr positive Urteile vergeben werden als negative. Standardwerte sind im Vorhinein festzulegen und bekannt zu geben.« Und: »Alle mit der Erstellung von Beurteilungen befassten Personen sind ausreichend auf die Aufgabe vorzubereiten und fortzubilden.«

Das Kultusministerium rudert zurück...

Im Oktober fand im Kultusministerium eine Besprechung mit ausgewählten Schulleitern aller Schularten, Mitarbeitern des Ministeriums und drei VertreterInnen des HPR statt. Das Protokoll dieser Sitzung lässt die Absicht des KM erkennen, weitgehend zu den alten Beurteilungs-

richtlinien aus den 70-er Jahren zurückzukehren: Beibehalten der Regelbeurteilung; Berücksichtigung schulartspezifischer Gegebenheiten; Trennung von Leistungs- und Verwendungsbeurteilung, die jedoch wieder zu einem Gesamturteil zusammengeführt werden. Der Auftrag des Landtags, die Zahl der periodischen Beurteilungen auf das unverzichtbare Mindestmaß zu beschränken, wird wie folgt erfüllt: An Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen wie bisher Regelbeurteilung bis zum 50. Lebensjahr; Fach- und FörderlehrerInnen bis zur Regelbeförderung und Grund- und HauptschullehrerInnen zwei Regelbeurteilungen. Für LehrerInnen, die nicht mehr regelbeurteilt werden, soll künftig ein Leistungsbericht erstellt werden, offensichtlich bis zum Eintritt in den Ruhestand. Daneben soll eine weitere Neuerung festgeschrieben werden: die Anlassbeurteilung. Über die Einbeziehung des Mitarbeitergesprächs in die Beurteilung gab es offensichtlich noch keinen Konsens. Dagegen wurde der Vorschlag, die Zahl der Bewertungsstufen und die Zahl der zu bewertenden Merkmale zu reduzieren, »allgemein begrüßt.«

... und will Gewerkschaften und Verbände heraushalten

Das KM erweckt den Eindruck einer breit angelegten Diskussion. »Das Kultusministerium erarbeitet zur Zeit ... unter breiter Beteiligung von Verbänden, Hauptpersonalrat und Vertretern der Wirtschaft neue Richtlinien für die Beurteilung der staatlichen Lehrkräfte,« ist im Lehrerinfo vom November 2002 zu lesen. In einem Schreiben an die GEW heißt es dagegen: »Lehrerverbände waren dazu nicht eingeladen.« Im Bericht der Bayerischen Staatszeitung zur Expertenanhörung im Landtag steht: »Sicher ist dagegen, dass diesmal alle Beteiligten in den Entscheidungsprozess einbezogen werden sollen.« Davon kann jedoch bisher keine Rede sein. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat sich daher mit einer Eingabe an den Bayerischen Landtag gewandt mit der Bitte, sich mit den Positionspapieren der GEW zu befassen, sie sich nach Möglichkeit zu eigen zu machen und sich gegenüber der Bayerischen Staatsregierung dafür einzusetzen, dass die Umsetzung des Landtagsbeschlusses tatsächlich unter breiter Beteiligung der Betroffenen erfolgt.

von Gele Neubäcker
stellvertretende Vorsitzende
der GEW Bayern
und Mitglied im HPR



Die Eingabe an den Landtag mit den Positionspapieren der GEW, die Ergebnisniederschrift der Besprechung im KM und die Eckpunkte des FM sind bei Karin Just erhältlich.

Kinder

Lernen)
ndtner

, Ebene 1 *

Modell -
nzierung

ndtner

ene 1

ene 1

im
d 9.

Mittwoch, 2. April

11.30 Uhr - 13.30 Uhr

**Jedes Kind ist wichtig -
keines bleibt zurück**

Warum die skandinavische Schulphilosophie
auch für Deutschland gut wäre
mit **Marianne Demmer**
(GEW-Hauptvorstand
Konferenzraum 1.06, Service 6/7, Ebene 1 *

13.00 Uhr - 14.00 Uhr

**Volkswirtschaftlicher Nutzen
von Kindertagesstätten**

mit **Kathrin Bock-Famulla**
(Universität Bielefeld)
Saal München 2, CCN Mitte, Ebene 1

14.30 Uhr - 15.30 Uhr

**Erzieherausbildung
an die Fachhochschule!**

mit **Norbert Hocke**
(GEW-Hauptvorstand)
Saal München 2, CCN Mitte, Ebene 1

anstellungen enprogramm:

Freitag, 4. April

13.00 Uhr - 14.00 Uhr

KIGA-Stand der GEW

Halle 12
Stand 211

Vom 1. - 3. April täglich
14.00 - 18.00 Uhr:

Sanem Kleff

stellt das Materialpaket
»Das bin ich - International« vor,
das in Zusammenarbeit mit dem
Anne-Frank-Zentrum/Amsterdam
entwickelt wurde.

Montag, 31. März

11.00 Uhr - 11.45 Uhr

Vom Rap bis zum
Frauenprojekt »Alte Schachtel«
mit **Ilona Porsch**
vom Projekt »Alt und Jung«

13.00 Uhr - 13.45 Uhr

Kinderrechte in der Schule
mit **Fee Czisch**
von der Aktion Humane Schule

14.00 Uhr - 14.45 Uhr

Rollentausch im Klassenzimmer
mit **Prof. Jean-Pol Martin**
von der Initiative »Lernen durch Lehren«

Dienstag, 1. April

11.00 Uhr - 11.45 Uhr

Zivilcourage im Schulalltag
mit **Heinz Kreiselmeier**

13.00 Uhr - 13.45 Uhr

Mit Kopf, Herz und Hand
mit **Rainer Rupprecht**
von der Initiative Praktisches Lernen

14.00 Uhr - 14.45 Uhr

**Eine ganze Klasse
in Bewegung**
mit **Frau Schürer**
von der Rudolf-Steiner-Schule
Nürnberg

Mittwo

11.00 Uhr

**Die Tags
als Sprüche**
mit **Ulrike**
vom Projekt

13.00 Uhr

**Schülerpp
ohne Am**
mit **Daniel**
von der Lan

15.00 Uhr

Faszinati
Die Ausei
mit **Dr. An**
von der Päd
»Ehemalige

Donnerstag, 3. April

11.00 Uhr - 11.45 Uhr

**Neue Wege
in der Sprachförderung**
mit **Monika Gorbahn und Frau Horn**
vom Projekt »Mama lernt Deutsch«

13.00 Uhr - 13.45 Uhr

»Menschen mit Klasse«
Das Image des Lehrerberufs
mit **Günther Koch**

14.00 Uhr - 14.45 Uhr

Lernziel: Solidarität
mit **Claudio Necula**
vom Bündnis
abschiebebedrohter Schüler

Info-Café
der GEW

Halle 9

Stand 236

Freitag, 4. April

13.00 Uhr - 13.45 Uhr

**Lernen
in altersheterogenen Gruppen**
mit **Dr. Oskar Seitz**
von der Jenaplan-Initiative Bayern

14.00 Uhr - 14.45 Uhr

Privatschulen auf dem Vormarsch?
mit **Prof. Arnold Köpcke-Duttler**

Arbeitsgemeinschaft

Jugendliteratur und Medien

Donnerstag 16 - 18 Uhr

Freitag 11 - 16 Uhr



Bildungsgutscheine: Der stille Triumph der Chicago Boys

gen mit ihrer Liberalisierungspolitik einer Ideologie, die seit 50 Jahren hauptsächlich in den USA entwickelt worden ist: von den Chicago Boys, einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, deren Guru Milton Friedman 1976 mit dem Nobelpreis für Wirtschaft geadelt wurde.¹⁾

School vouchers

Besagter Milton Friedman war es auch, der zum erstenmal den »Bildungsgutschein« als Wundermittel entdeckte, der zur Zeit auf leisen Sohlen in unserem Land Karriere macht. Er empfahl der Regierung der Vereinigten Staaten »school vouchers« an Eltern schulpflichtiger Kinder auszugeben, um die Bildungsstandards zu heben. Der »einflussreichste Wirtschaftswissenschaftler« der Gegenwart (Business Week), inzwischen 90 Jahre alt, hat vielen ins Ohr geflüstert, die seine ideologiestrotzenden Glaubenssätze brav nachbeten. 1995 schrieb der Greis in seinem Aufsatz »Public Schools: Make Them Private«: »Es gibt enormen Raum für Verbesserungen in unserem Erziehungssystem. Kaum eine Tätigkeit in den Vereinigten Staaten ist technisch rückständiger. Wir unterrichten unsere Kinder im wesentlichen wie vor 200 Jahren: ein Lehrer vor einer Menge von Kindern in einem geschlossenen Raum...Ich glaube, dass der einzige Weg zu einem entscheidenden Fortschritt in unserem Bildungssystem darin besteht, es bis zu dem Punkt zu privatisieren, an dem es durch einen grundlegenden Bruch mit allen Bildungsdienstleistungen den Individuen durch privates Unternehmertum zurückgegeben wird. Nichts sonst wird die Macht des gegenwärtigen Bildungs-Establishments brechen oder wenigstens stark schwächen – eine notwendige Voraussetzung für radikalen Fortschritt in unserem Bildungssystem.« Vouchers spielen für Friedman dabei die zentrale Rolle, um an den Schulen ein »private enterprise system« zu errichten: *»Bildungsgutscheine sind kein Selbstzweck; sie sind das Mittel für den Übergang von einem Staats- zu einem Marktsystem.«*

Diese Botschaft ist auch in der Bundesrepublik angekommen. Begünstigt wurde das durch den »PISA-Schock«. Denn: Charakteristisch am Vorgehen dieser Apologeten des freien Unternehmertums ist stets, dass sie an tatsächlichen Mängeln anknüpfen, ihre Quacksalbereien diese aber dann

Die Privatisierungsbestrebungen beim öffentlichen Bildungswesen sind still und leise in eine neue Phase getreten. Momentan werden die Voraussetzungen geschaffen, das öffentliche Schulwesen mittelfristig marktfähig zu machen. Kein Aufschrei geht dabei durchs Land, kein hörbarer Protest, nicht einmal eine Sachstandsdebatte wird geführt, die diesen Namen auch verdient.

Worum geht es? Seit Jahren werden an den Rändern von Regelschule Aufgaben privatisiert, indem schulische Aufgaben einzelnen Honorarkräften oder privaten Trägern außerhalb staatlicher Hoheit übertragen werden. Vorbild all dieser Maßnahmen ist das Outsourcing der Privatwirtschaft, also die Ausgliederung von Teiltätigkeiten hin zu anderen Firmen, die billiger produzieren oder aufgrund von Marktmacht dazu gezwungen werden können. Im staatlichen Schulwesen sind es die notorische öffentliche Armut und das Überangebot pädagogischer Arbeitskraft, die das Outsourcing schulischer Aufgaben drei- bis zehnmals billiger machen, als wenn der öffentliche Dienst mit seinen Tarifbindungen diese Aufgaben erfüllen würde.

Pädagogische Verkleidung

All das bleibt aber eine Privatisierung an den Rändern und erreicht nur vermittelt den Kernbereich von Schule, in dem doch so immens viele Gelder stecken. Mit und im Umkreis der sogenannten Neuen Verwaltungssteuerung werden seit einiger Zeit Versuche unternommen, Schule wie einen kapitalistischen Betrieb zu leiten. Begleitet wird dies alles von einer zeitlich vorher entfachten Propaganda der Selbständigkeit von Schule, der »Autonomie«, mit der die Schulen sich aus »staatlicher Gängelung« befreien und endlich pädagogisch innovativ sein könnten. Die pädagogische Verkleidung der Modernisierung sieht seit dem Bekanntwerden der GATS-Pläne ziemlich lächerlich aus! Die WTO, die OECD, der IWF und die EU-Kommission fol-

¹⁾ Die »Chicago Boys« sind unruhlich berühmt geworden, weil sie 1973 nach dem Putsch in Chile unter Pinochet an die Hebel der wirtschaftlichen Macht in dem lateinamerikanischen Land kamen. Sie verfolgten – gestützt auf das Mörderregime und die CIA - ein radikales neoliberales Programm, dessen Kern die Privatisierung der chilenischen Volkswirtschaft war. Milton Friedman bezeichnete Pinochets Chile, das seine Ideen von der völligen Unternehmerfreiheit so vorbildlich umsetzte, als ein »ökonomisches Wunder«.

Dieses »ökonomische Wunder« führte u. a. dazu, dass bis 1976 die Löhne um 35% gefallen waren, die Arbeitslosigkeit auf 20% stieg und statt 17% nunmehr 40% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten – bei einer rasanten Reichtumsentwicklung auf dem anderen Pol der Gesellschaft.

drastisch verschärfen, was sie danach heftig leugnen. Unternehmerverbände (und sogar eine gewerkschaftliche Stiftung) beten diese Botschaft für die öffentlichen Schulen nach. Auch die OECD, übrigens Auftraggeberin der PISA-Studie (Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt!), propagiert die Vouchers. Man müsse von der Objekt- zur Subjektförderung übergehen, die private Nachfrage müsse gestärkt, das Angebot durch Nachfrage gesteuert werden, der Wettbewerb lasse schlechte Bildungseinrichtungen untergehen, führe zu mehr Effizienz, stärke die Eigenverantwortung und Wahlfreiheit, pluralisiere das Bildungsangebot, optimiere die Bildungsfinanzierung, lautet die gängige Propaganda der Modernisierer.

Leise Sohlen

Die Bundesregierung hat nun in diesem Sinne gehandelt, zunächst auf einem nur scheinbar anderen Feld. Denn ein Frontalangriff auf die traditionelle Finanzierung der öffentlichen Schulen verbietet sich von selbst. So etwas muss umsichtig eingefädelt werden. Zunächst wird die Weiterbildung mit dem Bildungsgutschein gesegnet. Seit Jahresbeginn sollen die Teilnehmer/innen an Arbeitsamtsmaßnahmen mit dem Papier ausgestattet werden. Und eigentlich sollte auch das Sprachförderprogramm für Zuwanderer so finanziert werden, hätte nicht das Verfassungsgericht wegen des Brandenburger Abstimmungsverhaltens im Bundesrat die Sache erst einmal gestoppt.²⁾ Auch bei der Berufsausbildung will Peter Hartz den Bildungsgutschein nicht missen. Dort heißt er »Ausbildungszeitwertpapier«.

Obwohl der Bildungsgutschein in höchstem Maße ideologiebesetzt und – ganz im Geiste Milton Friedmans – eine Art trojanisches Pferd für die weitere Vermarktlichung des Bildungswesens ist, findet keine breite öffentliche Debatte über den eingeleiteten Systemwechsel statt. Scheinbar im Vorübergehen und begleitet von den Kritik- und Denkverboten der Regierung in Zusammenhang mit dem Hartz-Konzept etabliert er sich zunächst in der Weiterbildung, wo überwiegend sowieso ein Marktsystem herrscht. Das wird seine Einführung in anderen Zweigen des Bildungssystems erleichtern – und die herzustellende GATS-Tauglichkeit des gesamten Bildungswesens. Der (Teil)Sieg der Chicago Boys ist öffentlich – völlig unangemessen – sehr leise ausgefallen, er wird nachhaltig wirken.

Das staatliche Schulwesen ist in seiner traditionellen bürokratischen Form für die Privatisierung nicht reif, es ist momentan nicht GATS-tauglich, noch nicht marktfähig. Welcher Investor übernehme denn eine Schule, deren Kostenstrukturen nicht transparent sind? Wie will man für eine Schule als Betrieb werben, der es an Profilbildung mangelt? Der Bildungsgutschein ist das zentrale Mittel, den Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen anzukurbeln und sie durch Konkurrenz zu transformieren. Was liegt

näher, als ihn zuerst in der Weiterbildung einzuführen und dann auf seinen »Erfolg« beim öffentlichen Schulwesen zu verweisen? Und was liegt näher, ist er erst einmal etabliert, ihn zu gebrauchen, um die Kosten auf die »Nutzer« abzuwälzen. Zuzahlungen wird es perspektivisch dann nicht mehr nur bei der Krankenversicherung oder der Riester-Rente geben.

Fischzug

Neben dem Bildungsgutschein sind im gleichen Handstreich im Zusammenhang mit dem Hartz-Konzept und der arbeitsamtsgeförderten Weiterbildung noch weitere folgenreiche Festlegungen ins Gesetz geschrieben worden. Wenn Schulen in privater oder staatlicher Hand autonom sind, die Rolle von zentralen Lehrplänen, Schulaufsicht und der Ausbildungsvoraussetzungen des Lehrpersonals zurückgedrängt ist, braucht es dennoch gemeinsame Standards. Also los mit der Zertifizierung und Testerei in der Weiterbildung, die man zum geeigneten Zeitpunkt dann den Regelschulen verschreiben kann.

Seit Jahrzehnten werden dem öffentlichen Bildungswesen die nötigen finanziellen Mittel entzogen. Viele Schulen sind inzwischen verarmt, die Gebäude heruntergekommen. PISA gilt als Generalargument des Abstiegs. Genau dies, das trauen wir uns vorherzusagen, wird die Hauptargumentationslinie der GATS-Befürworter sein, die das öffentliche Schulwesen unter Hinweis auf sein Versagen den internationalen Anlegern öffnen wollen.

So schließt sich ein verhängnisvoller Kreis. Die Krise der Kapitalverwertung lässt die öffentlichen Haushalte und das öffentliche Bildungswesen verarmen und bereitet genau darüber die neuen Kapitalanlagemöglichkeiten vor. Billionen stecken weltweit in den öffentlichen Bildungssystemen. Was für ein Fischzug, wenn man mit Bildung endlich in ganz großem Stil Gewinne erwirtschaften und diese in private Taschen stecken kann!

Es ist an der Zeit, die seit Jahren verordneten »Reformen« unter dem Blickwinkel zu sehen, unter dem sie einen Sinn bekommen: die Marktöffnung des öffentlichen Schulwesens vorzubereiten. Mit pädagogischen Begründungen hat man die Reformdebatten begonnen, nur so konnte die Lehrerschaft vielfach auf die Leimruten gehen. Jetzt kommen die Neuen Steuerungsmodelle und GATS hinterher. Friedmans Bildungsgutscheine sind das Transformationsinstrument, um von einem staatlichen zu einem privatwirtschaftlichen Bildungssystem zu kommen. Privatisierte Bildung führt immer dazu, dass die staatlichen Bildungsausgaben sinken und dass die Ungleichheit beim Wissenszugang steigt. Wollen wir uns das alles wirklich gefallen lassen?

Von Dr. Hajo Dröll

GEWerkchaftssekretär
Referat Weiterbildung und Bildungsmarkt
der GEW Hessen



²⁾ Die Pilotprojekte des Sprachverbandes laufen trotzdem bereits seit längerer Zeit.

Wegfall der Beihilfe für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

Neben den Beamten hatten in Bayern auch Angestellte, Arbeiter und Auszubildende im öffentlichen Dienst einen Anspruch auf Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen. Dazu gab es eine gesetzliche Regelung in Artikel 20 Absatz 3 Bayerisches Besoldungsgesetz (BayBesG). Im Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 2000 hat der Landtag diese Vorschrift gestrichen und in einer Übergangsvorschrift bestimmt, dass der Beihilfeanspruch für Neueingestellte ab 1. Januar 2001 entfällt. Für Beschäftigte des Bundes gilt dies bereits seit 1. August 1998. Zu diesem Zeitpunkt bereits beschäftigten ArbeitnehmerInnen sollte er erhalten bleiben. Im Haushaltsgesetz 2003/2004 vom Dezember 2002 wurde in Bayern nun die Beihilfe für diese Beschäftigtengruppe ersatzlos, also auch rückwirkend, abgeschafft.

Die Beihilfegewährung wirkte sich für in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversicherte Beschäftigte dahingehend aus, dass sie für Aufwendungen, die im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung nicht enthalten waren, Beihilfeleistungen erhalten konnten. Beschäftigte, deren Verdienst über der Beitragsbemessungsgrenze lag, erreichten vollen Krankenversicherungsschutz

dadurch, dass sie den nicht durch die Beihilfe umfassten Anteil durch eine private Krankenversicherung abdeckten. Da es dort im Gegensatz zur gesetzlichen Krankenversicherung eine Familienmitversicherung nicht gibt, ist jedes Familienmitglied gesondert zu versichern. Der Wegfall der Beihilfe führt dazu, dass nunmehr ein voller Versicherungsschutz nur durch Aufstockung der bestehenden Privatkrankenversicherung erreicht werden kann, was mit erheblichen finanziellen Mehraufwendungen verbunden ist. Diese Beschäftigten erhalten zwar einen Anspruch auf Beitragszuschüsse zur privaten Krankenversicherung gemäß § 257 SGB V. Diese gleichen aber in vielen Fällen den Mehraufwand bei weitem nicht aus. Der Weg in die gesetzliche Krankenversicherung mit Familiensicherung ist aus rechtlichen Gründen versperrt.

Dieser Eingriff in den Besitzstand der Beschäftigten ist bundesweit einmalig. Der Bund zahlt den vor 1.8.1998 eingestellten Beschäftigten die Beihilfe aus Besitzstandsgründen weiterhin.

von Hans Schuster
Justitiar der GEW Bayern



Trotzdem, lohnt es sich trotzdem? Angestellte LehrerInnen in der GEW

1982 bin ich zum ersten Mal in die GEW eingetreten. Damals, als Student, war mir die Frage, ob es Angestellte im Lehrerbereich gibt oder nicht, relativ und auch absolut egal. Dann ärgerte ich mich über dies und jenes, trat wieder aus. Inzwischen war ich doch noch über langwierige Umwege, viele Jahresverträge und viel Frust in meinem Traumberuf gelandet, wenn auch »nur« als Angestellter.

Ein Kollege überredete – oder sollte ich besser sagen überzeugte – mich dann, wieder der GEW beizutreten, auch schon wieder mehrere Jahre her.

Nun denke ich erneut über meine Rolle als angestellter Lehrer in einer Beamtengewerkschaft nach, und möchte gern auch KollegInnen an dieser Überlegung teilhaben lassen.

Grundsätzlich kann ich (natürlich) zufrieden sein. Die vielen angestellten KollegInnen aus anderen Bereichen, SozialpädagogInnen, ErzieherInnen, KinderpflegerInnen usw. können von BAT IIa nur träumen. Also Maul halten, genießen und für das soziale Gewissen Gewerkschaftsbeitrag zahlen?

So einfach ist leider weder die Welt noch mein Selbstverständnis als Gewerkschaftler. Die Rolle des Lehrers, angestellt oder beamtet, ist erst mal privilegiert. Beim Vergleich zwischen beamtetem Kollegen und angestelltem Lehrer eröffnen sich Abgründe.

1. Die Rolle der Beförderungen

Als Angestellter ist eine Beförderung sehr langwierig. Nach 17 Dienstjahren ist eine Höhergruppierung möglich, danach ist endgültig Ende. Dies ist nicht schlimm, bleibt aber festzuhalten. Störender ist, dass sich damit verbunden die Schere im Einkommen immer weiter öffnet. Ist das Eingangsgehalt in etwa noch vergleichbar, so staunen die Kollegen jetzt immer, wenn wir mal das Spiel »Gehaltszettelvergleich« machen. Besonders motivierend war in diesem Zusammenhang die Äußerung einer jungen Kollegin, die sagte, dafür würde sie in keinem Fall arbeiten...

Relevant ist das Einkommen aber auch für die Berechnung dessen, was »danach« kommt, also für die Rente.

2. Altersversorgung

Wenn ich brav arbeite, kann ich natürlich auch irgendwann mal in Rente gehen. Auch wenn es sich anders als Pension anhört, ist der Sinn erst mal derselbe. Ein wenig Genuss nach langer Arbeit, Muße, Zeit.

Und vielleicht ein wenig Geld, um manches weitermachen zu können wie bisher. Als Angestellter bekomme ich ca. 65% eines durchschnittlichen Gehaltes eines letzten längeren Zeitraumes. Weit entfernt von der Pension, den 75% des letzten Gehaltes.

Den Unterschied sollte bisher die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes in etwa ausgleichen, und hier beginnt jetzt die Geschichte interessanter zu werden, besonders was gewerkschaftliche Belange betrifft.

3. Die realen Lohnkürzungen der letzten Jahre

a) Die Zusatzversorgung

Vor einigen Jahren ist die Zusatzversorgung für die Angestellten des öffentlichen Dienstes beitragspflichtig geworden. Das bedeutet zweierlei. Zum einen bezahle ich jetzt die Zusatzversorgung, die einen Ausgleich schaffen sollte, selbst. Damit ist es kein Ausgleich mehr. Ich verzichte jetzt auf Geld, um später mehr zu haben, das steht jedem frei, ist sicher auch sinnvoll, ist aber kein Ausgleich des Arbeitgebers für meine Schlechterstellung in der Altersversorgung gegenüber den beamteten Kollegen. Ich bekomme seitdem real ca. 50 EUR weniger Gehalt im Monat.

b) Wegfall der Beihilfe

Beamte haben die Möglichkeit, im Krankheitsfall und bei diversen anderen Fällen Beihilfe zu beantragen. Etwas verkürzt heißt das, ein Beamter mit zwei Kindern, also der durchschnittliche Kollege im Lehrerzimmer, bezahlt für sich nur noch 20% des Krankenkassenbeitrags, für seine Kinder

30%. Den Rest der Kosten übernimmt der Arbeitgeber. Bisher hatten Angestellte unter bestimmten Bedingungen diese

Möglichkeit auch, zum 30. Juni 2003 läuft diese Gleichstellung aus. Dies bedeutet in der Praxis, dass ich durch die erhöhten Kosten

für die Krankenkasse für mich und meine Familie eine reale Lohnkürzung von ca. 90 EUR hinnehmen muss.

Was sagt meine Gewerkschaft dazu?

Dieser Abbau der Leistungen für die angestellten Lehrkräfte an staatlichen Schulen wurde in der GEW scheinbar nicht registriert. Stattdessen wird beklagt, dass der Selbstbehalt bei Wahlleistungen erhöht wurde (so zum Beispiel in der DDS vom Februar, S. 8). Liebe Kollegen, ihr könnt wählen, ob ihr diese Kürzung wollt. Nehmt kein Zweibettzimmer und den »normalen« Stationsarzt, und ihr habt keine Mehrkosten. Uns Angestellte fragt niemand, was wir wollen, uns wird es einfach weggenommen und unsere Gewerkschaft protestiert nicht laut, zumindest nicht öffentlich. Sind meine Interessen als angestellter Lehrer also inkompatibel zu denen einer Beamten-Gewerkschaft. Man könnte es meinen. Nun weiß ich aber aus eigener Erfahrung in der Landesfachgruppe Gymnasien der GEW, dass in »meiner« Gewerkschaft durchwegs nette Menschen, sympathisch und mit sozialer Ader versammelt sind. Gehe ich also ruhig davon aus, dass dies alles keine Absicht ist, sondern nur darauf beruht, dass wir angestellten LehrerInnen uns zu wenig in dieser GEW zu Wort melden. Dann muss sich dies aber ändern.

Die GEW braucht Experten, die die Entwicklungen im Angestelltenbereich beobachten, lautstark kommentieren und den Betroffenen kompetent Rat und Hilfe anbieten. Dies passiert (noch) nicht. Sicher nicht aus Ignoranz, sondern aus Mangel an Zeit und Kompetenz, aber eine Gewerkschaft muss sich genau diese Kompetenz schnellstens verschaffen, das ist ihre originäre Aufgabe.

Die GEW muss zur Kenntnis nehmen, dass es angestellte Lehrkräfte gibt. In steigender Anzahl. Dies stellt auch ein Potential bei Tarifaueinandersetzungen dar. Auch wenn es einige nicht wahrhaben wollen, aber die GEW hat zum Teil auch an Schulen das Recht zum Streik. Davon sollte vielleicht Gebrauch gemacht werden.

Wenn schon die GEW die Kompetenz für diesen Bereich noch nicht hat, dann sollte sie als Zwischenlösung Strukturen schaffen, die das Wachsen dieser Kompetenz ermöglichen. Sicher muss nicht gleich eine spezielle Fachgruppe gebildet werden. Aber wir sollten vielleicht feststellen, wie viele von uns von diesen Verschärfungen der letzten Jahre betroffen sind. Deshalb, als ersten Schritt: Meldet euch! Bitte, liebe angestellten Kollegen und Kolleginnen, meldet euch, das ist auch unsere Gewerkschaft. Artikulieren wir unsere Interessen. Meldet euch per email oder Brief, damit wir mal feststellen können, ob wir viele sind oder ganz viele. Werner Wiedemann, Zwingweg 20, 83346 Bergen

von Werner Wiedemann

Lehrer im Angestelltenverhältnis
an einem Gymnasium
wiedemann555@aol.com



Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im März Geburtstag feiern, ganz besonders



Helmut Michalski , Frasdorf	zum 93.
Käte Notz , Riemerling	zum 84.
Anna Kühlmuß , Grönenbach	zum 76.
Hans Stroh , München	zum 74.
Prof. Dr. Heinz Tischer , Bayreuth	zum 73.
Horst Sernow , München	zum 72.
Elisabeth Mower , Stadtbergen	
Rudolf Glass , München	zum 71.
Hans Enghardt , Teisendorf	
Dr. Friedrich Tretter , München	zum 70.
Christa Nebmaier , Kleinostheim	
Ali Senol , Nürnberg	
Gottfried Siebel , Lauf	zum 65.

Herzlichen Dank!

Wir danken im März allen, die der GEW seit vielen Jahre die Treue halten, ganz besonders

Susanne von Heynitz, Mainburg, die seit **35 Jahren** Mitglied der GEW ist.

DEKRA-Streikaktionen gehen weiter!

Mit einem zweiten zentralen Streiktag setzte die GEW am 12. Februar den Arbeitskampf an der DEKRA-Akademie fort. Die Beschäftigten verlangen von der Geschäftsleitung die Aufnahme von Verhandlungen für einen Tarifvertrag.

Dies lehnt die Geschäftsleitung bisher jedoch ab. Deshalb dauert der Tarifkonflikt nunmehr schon mehrere Monate an. 81,4 % aller GEW-Mitglieder bei der DEKRA hatten bundesweit für eine Ausweitung der Streikmaßnahmen gestimmt.



Nach einem Protestzug durch die Münchner Innenstadt bekamen die Kolleginnen und Kollegen der Münchner DEKRA-Akademie in ihrem Streiklokal im Gewerkschaftshaus Besuch von einer Solidaritäts-Delegation der IG BAU.

Bildungsoffensive - die zweite?

1997, vor über fünf Jahren, noch vor dem Amtsantritt der derzeitigen Kultusministerin, startete Ministerpräsident Stoiber eine »Bildungsoffensive Bayern«. Offensichtlich ist sie im Sande verlaufen bzw. es erinnert sich niemand mehr daran, da Frau Hohlmeier im Jahre 2003 wieder eine bayेरische Bildungsoffensive ankündigt.

Auch die Inhalte ähneln sich. Erklärte Stoiber 1997, »es müssten jetzt auch die Lehrpläne und deren Umsetzung in der Schule auf den Prüfstand gestellt werden«, geht es auch 2003 wieder darum.

Abgesehen von der üblichen, schon standardmäßigen, Selbstbeweihräucherung, zielt die aktuelle Bildungsoffensive unter anderem auf die Ausweitung von Vergleichstests und auf mehr Evaluation. Die Frage ist, ob und welche Schlussfolgerungen aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen gezogen werden. Sonst ist das Vorhaben ziemlich sinnlos und kostet nur Zeit und Geld.

Die Kultusministerin verweist z.B. stolz auf den internationalen Spitzenplatz bei PISA (Rang 10!) und lobt Bayern als erstes Land, das Konsequenzen aus der PISA-Studie in die Schulpraxis umsetze.

Eine zentrale Erkenntnis aus der PISA-Studie ist aber, dass es kein anderes Land in der Bundesrepublik gibt, in dem die Chancenungleichheit so groß ist wie in Bayern. Ein Akademikerkind hat in Bayern eine über zehnmal höhere Chance, ein Gymnasium zu besuchen als ein Facharbeiterkind, bei gleichen kognitiven Voraussetzungen sind die Chancen des Akademikerkindes immer noch sechsmal höher. Das muss immer wieder betont werden.

Die bei PISA international erfolgreichsten Länder, dazu gehört Bayern nicht, zeigen, dass beides möglich ist: hohe Qualität und hohe Chancengleichheit. Und das in **einer** Schule für **alle**, ohne Zurückstellung vom Schulbesuch, ohne Noten, ohne Sitzenbleiben, ohne Abstufungen in eine andere Schulart. Welche Konsequenzen werden in Bayern daraus gezogen?

Genau die falschen: Statt von den Ländern, die tatsächlich die Spitzenplätze bei PISA belegen, zu lernen, nämlich sich an deren Prinzip »Förderung statt Auslese« zu orientieren, wird in Bayern das Prinzip »Auslese statt Förderung« konsequent auf die Spitze getrieben: Sitzenbleiben, Abstufung und jetzt als logische Fortsetzung: Verweis von der Schule trotz Schulpflicht – als der Weisheit letzter Schluss. Die Kultusministerin hat angekündigt, die Ziele und Maßnahmen der Schuloffensive ausführlich diskutieren zu wollen. Daran beteiligen wir uns gerne.

von Schorsch Wiesmaier
Vorsitzender der GEW Bayern

Information für Nicht-Eingeweihte:

Schorsch Wiesmaier ist der Herr mit dem Blumenstrauß oben auf dieser Seite. Wir verzichten deshalb hier auf ein weiteres Foto von ihm, denn wir wollen uns nicht des Personenkultes verdächtig machen.

Am 8. Februar protestierten in München mehr als 35.000 gegen den



drohenden Krieg im Irak. Dass zwei Demonstrationen und Kundgebungen stattfanden, soll hier nicht weiter kommentiert werden, zumal die TeilnehmerInnen sich davon wenig irritieren liessen und viele beide Möglichkeiten nutzten, ihrem Protest einen ganzen Tag lang Ausdruck zu verleihen. Die Fotos oben dokumentieren die DGB-Demo, die unteren die des Bündnisses gegen die Sicherheitskonferenz. Die GEW ist immer dabei. Die GEW Oberbayern hat den folgenden Aufruf verabschiedet:

Kein Krieg für Öl!

Die US-Regierung und ihre Verbündeten verstärken ihre Kriegsvorbereitungen gegen den Irak: Der Truppenaufmarsch und die Konzentration von Kriegsgeschütz in der Golfregion sowie ihre Propaganda machen dies deutlich. Weltweit erkennen aber immer mehr Menschen, dass es bei dem geplanten Angriffskrieg weder um einen Antiterrorkampf noch um die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen und auch nicht um die Durchsetzung von Menschenrechten geht. Vor allem die US-Administration und die hinter ihr stehenden international handelnden Konzerne versuchen vielmehr weiter ihren Einfluss auf den Weltmarkt (z.B. Verfügungsgewalt über Erdöl) und als Weltmilitärmacht zu vergrößern.

Das Regime Saddam Husseins verhindert sozialen und demokratischen Fortschritt für die Masse der Menschen im Irak, indem es insbesondere jene politischen Kräfte unterdrückt und verfolgt, die sich dafür einsetzen. Bereits das andauernde UN-Wirtschafts-Embargo bringt bitterste Not und Hunger insbesondere über die einfachen Menschen und ist mit verantwortlich für die hohe Kindersterblichkeit. Ein erneuter Krieg würde zusätzlich Tod und Elend über die irakische Bevölkerung bringen und darüber hinaus die Region am Golf destabilisieren.

Wir – als Teil der Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland – sagen deshalb NEIN zum Krieg gegen den Irak und fordern Bundestag und Bundesregierung auf, sich ohne Wenn und Aber öffentlich, diplomatisch und auch im UN-Sicherheitsrat dafür einzusetzen, dass dieser Krieg verhindert wird. Dies bedeutet auch, dass die Fuchs-Spürpanzer aus Kuwait und die Marineeinheiten aus der Golfregion abgezogen werden müssen.

Keine Frau, keinen Mann und keinen Euro für diesen Krieg! Darüber hinaus ist den Armeen der Staaten, die diesen Angriffskrieg gegen den Irak planen, vorbereiten und führen wollen, jegliche Unterstützung (Nutzung von Militärbasen, Überflugsrechte, deutsche Beteiligung in Awacs-Flugzeugen) zu verweigern.

Wir – als Teil der internationalen Friedensbewegung – erklären uns insbesondere mit der Friedensbewegung der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der israelischen und der palästinensischen Friedensbewegung in ihrem Einsatz gegen Krieg und Terror, für soziale Gerechtigkeit und Demokratie solidarisch. Gemeinsam gilt es,

den Krieg gegen den Irak zu verhindern, der Souveränität der Staaten Respekt zu verschaffen, den Handel zwischen den Staaten zu gegenseitigem Vorteil zu entwickeln und sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einzusetzen. Wir können diesen Krieg verhindern, wenn wir noch mehr Menschen und Organisationen für ein NEIN gegen diesen Krieg gewinnen, nicht zuletzt aus den Gewerkschaften und Kirchen.

Wir können diesen Krieg verhindern, wenn sich dieses NEIN auf die verschiedensten Weisen in der Öffentlichkeit, in den Parteien und Parlamenten in einem breiten Bündnis Gehör verschafft.

Deshalb rufen wir auf:

NEIN zum Krieg gegen den Irak!

Die Nürnberger GEW hat 24 Unterrichtsbausteine zum drohenden Irak-Krieg herausgegeben.
Titel:
»Krieg ist keine Antwort.«
Diese Unterrichtsbausteine können bestellt werden beim GEW-Kreisverband Nürnberg, Kornmarkt 5 - 7, 90402 Nürnberg.
Fon + Fax: 09 11/22 48 66





Krippen – Kindergärten – Horte: Abwicklung der Altlasten schreitet voran!

Höchst kreativ erweisen sich Kindergartenaufsicht, Bezirksregierung, Sozialministerium und diverse Fachberatungen, wenn es darum geht, vorhandene Einrichtungen schon vorab an den Kriterien des ISKA-Modells auszurichten und sog. unwirtschaftliches Verhalten zu vermeiden. Die Lügen von einem »ergebnisoffenen« Versuch sind inzwischen so offensichtlich, dass dieser Vorwurf nicht einmal mehr dementiert wird. An die Vorgaben des Modells angepasst – so die Gedanken

der »Systemveränderer« – wird es weniger Reibungswiderstand bei der Umsetzung geben!

Krippen

Die Richtlinien – Juni 2002 mit heißer Nadel gestrickt – konnten praktisch erst im Jahr 2003 umgesetzt werden, mit diversen Folgen:

- Es gibt so gut wie keine Gruppen unter 12 Kindern mehr, früher waren 10 durchaus üblich.
- Es werden generell lange Nutzungszeiten von Eltern und Kindern verlangt, denn nur so kommt Geld in die Kassen. Die Beiträge in den großen Kommunen steigen noch!
- Wird ein Kind 3 Jahre, halbiert sich sein Zuschuss, und es muss oft übereilt in einen Kindergarten umgesetzt werden. Gleichzeitig gibt es keinen Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten.
- Kinder aus anderen Gemeinden erhalten in der Krippe einer Stadt z.B. ohne weiteres keinen Zuschuss, was zu Elternmehrbelastung führt.

Kindergärten

Wo immer möglich, wird rationalisiert und werden Kapazitäten effizienter genutzt, d.h. Kinderzahlen werden erhöht und Personal wird abgebaut, manchmal gleichzeitig! Schulkindergärten und ähnliche Einrichtungen werden trotz Bedarfs und ohne fachliche Alternative für die Kinder noch rechtzeitig beseitigt (so z.B. in Erlangen und Nürnberg). Kindergärten tun sich immer schwerer, qualifiziertes Zusatzpersonal zu bekommen. Um die Löcher irgendwie zu stopfen, gibt es aber immer wieder Projektmittel und auch Ehrenamtliche, z.B. für Sprachförderung. Diese (eine Konsequenz aus der PISA-Studie) wird nun auch extern, z.B. von Grundschullehrkräften durchgeführt. Noch kostet diese

Zusatzförderung kein Geld, was bei anderen (Fremdsprachen, Musik etc.) durchaus der Fall ist.

Horte

Gegen die bestehende Förderpraxis wird bei Hortgruppen grundsätzlich nur noch die Mindestpersonalstärke gefördert (d.h. 1,5 Kräfte statt 2 pro Gruppe), also schlechter als im Kindergarten! Und dies, obwohl der Hort generell bessere Förderbedingungen, v. a. zwei Fachkräfte pro Gruppe, bräuchte, schon wegen der sozialen Zusammensetzung der Kinder und Eltern.

Generell wird den Einrichtungen, die in rote Zahlen kommen, Altersmischung angedient, v. a. um weitere Kopfgeld-Faktoren ausschöpfen zu können und Kapazitäten voll auszufahren.

Kinderbetreuung

So wie allerorten die pädagogischen Einrichtungen nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben heruntergewirtschaftet werden, genau so wird der Bildungs- und Erziehungsauftrag auf den Begriff »Kinderbetreuung« reduziert. Dies ist sicher kein Zufall, sondern bringt den politisch gewollten niedrigsten gemeinsamen Nenner völlig verschiedener Einrichtungen, auch unprofessioneller, akkurat zum Ausdruck. Wider besseres Wissen, wider alle Erfahrung und vor allem auch wissenschaftliche Erkenntnisse müssen Kitas in Bayern im Gegensatz zu Schulen ihre Bildungsarbeit sozusagen nebenher erledigen.

Während in München (IFP) an einem Bildungs- und Erziehungskonzept für 0-6-Jährige und einem Rahmenkonzept für Schulkinder gebastelt wird, stellt der Freistaat (und die ihm vorauseilend gehorchenden Kommunen und Träger) schon mal klar, dass sich an den Rahmenbedingungen ja nichts Positives ändern darf, was dem Staat Mehrkosten verursachen könnte.

Dies gilt in gleicher Weise für die Personalschlüssel, die Ausbildung und die fehlende Entlastung von Kommunen und Trägern bzw. Eltern. Deren Beiträge steigen bis auf weiteres noch an. Darin liegt der tiefere Sinn der »politisch korrekten« Bezeichnung: »Kinderbetreuung«!

Wo immer ihr von Maßnahmen der Verschlechterung von Kitas hört, meldet euch im Sozialpädagogischen Büro der GEW Bayern 0911-28 92 04 oder schreibt uns eine e-mail: gew_sozpaed@t-online.de

von Günther Schedel-Gschwendtner

Sozialpädagogisches Büro der GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de



Letzte Meldung:

Vorpraktikantin setzt gegen Freistaat Bayern im Vergleich 900 Euro mehr an Vergütung durch!

Nach einem Rechtsstreit von zweieinhalb Jahren in der zweiten Instanz wurde dieser Vergleich am 12. Februar wirksam. Mit Hilfe des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes wurde damit die Hälfte unserer Forderung erfüllt: Tarifliche Vergütung des Auszubildenden TV BAT minus 20%.

Signalwirkung dieses Falles für ganz Bayern: Nicht nur der Freistaat, auch fast alle freien Träger zahlen entsetzlich niedrige Vergütungen für VorpraktikantInnen (nunmehr: SPS bzw. ErzieherpraktikantInnen). Zusätzlich soll es nun Abzüge für die Schultage geben: Ein klarer Bruch mit dem Berufsbildungsgesetz § 7, der für diese Praktika ebenfalls gilt.

Alle Betroffenen können sich an die GEW wenden, Betriebs-/Personalräte und MAV sind aufgefordert, solchen Rechtsbrüchen ihre Zustimmung zu verweigern bzw. die VorpraktikantInnen über ihre Rechte aufzuklären.

gsg

Termine 2003

Zu einer bayernweiten Aktionswoche vom **24.-30. März 2003** rufen wir alle Kindertagesstätten auf.

Thema: **Kindertagesstätten präsentieren Qualität**

Warum:

Um Eltern und Trägern zu zeigen, dass bei der Diskussion über das geplante neue Finanzierungsmodell für bayerische Kindertagesstätten nicht das Geld an erster Stelle stehen darf, sondern die Qualität für unsere Kinder. Weiterhin sollen die einzelnen Kindertagesstätten ihre bereits vorhandene Qualität vorstellen, damit deutlich wird, was sie zum jetzigen Zeitpunkt schon leisten.

Form:

Welche Aktionen die einzelnen Kindertagesstätten vor Ort organisieren, ob sie einen Tag oder eine ganze Woche planen, bleibt ihnen überlassen. Damit jedoch eine gute Pressearbeit, auch bayernweit, gemacht werden kann, sollten die einzelnen Aktionen dem Aktionsbündnis unter der Kontaktadresse

Aktionsbündnis „Kinder brauchen Qualität“

c/o SOKE e.V.

Wirthstraße 35, 90459 Nürnberg

Tel.: 0911-4467633 Fax: 0911-4467634

E-Mail: soke@nefkom.net

gemeldet werden.

Ideen für eine Aktion wären: Photoausstellung, Elternabend, Tag der offenen Tür, Familiengottesdienst, Kita-Alltag mit den Eltern und Trägern erleben, Straßenfest in Kooperation mit anderen Kitas...

Podiumsdiskussion

am **28. März 2003 um 19.30 Uhr in Bayreuth**

Im Rahmen dieser Podiumsdiskussion wollen wir namhaften Landespolitikern und Vertretern des Sozialministeriums unsere Kritik an dem geplanten Modell des Sozialministeriums mitteilen, ihnen unsere »Alternative« vorstellen und mit ihnen darüber diskutieren. Es werden vor allem auch Eltern und pädagogisches Personal aus den Modellstandorten Bayreuth und Landsberg vertreten sein, die uns sicherlich viel Interessantes zu berichten haben.

Kundgebung am 4. April 2003

von **16.30 bis 17.30 Uhr in Nürnberg**

(letzter Tag der Bildungsmesse)

Kundgebung am 5. April 2003 in Landsberg

Wir rufen alle Menschen, die nicht mit dem neuen Finanzierungsmodell einverstanden sind, auf, zu einer dieser Kundgebungen zu kommen, um zu zeigen, wie groß der Protest ist. Je mehr an den Kundgebungen teilnehmen, desto mehr Chancen haben wir, dieses der Qualität so ferne Finanzierungsmodell zu verhindern. Die Landtagswahlen sind im September 2003 und zuvor schaut die Politik etwas genauer, was an der Basis passiert.

6. Jugendhilfekonngress der GEW

16. bis 18. Mai 2003 in Wolfsburg

»Niemanden zurücklassen!«

Chancengleichheit durch Bildung

Der alle zwei Jahre stattfindende Jugendhilfekonngress der GEW behandelt aktuelle Themen der Kinder- und Jugendarbeit, lässt angesehene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wie auch innovative Vertreterinnen und Vertreter der Praxis zu Wort kommen und gibt Gelegenheit zum fachlichen Austausch.

In einer Zeit, in der alle nach einer Verbesserung der Bildung rufen, aber jeder andere Vorstellungen hat, wie diese Verbesserung zu bewerkstelligen sei und es im Sog der PISA-Studie in vielen Bundesländern bereits zu halbherzigen, unbefriedigenden Lösungsversuchen in der Schulpolitik gekommen ist, muss sich auch die Jugendhilfe fragen, was sie zur Abhilfe der sozialen Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems, die PISA so schonungslos aufgedeckt hat, beitragen kann.

Dabei ist zuerst darauf zu achten, dass alle Kinder in Tageseinrichtungen noch umfassender und individueller als bisher gefördert werden. Chancengleichheit meint alle Kinder in Deutschland, und Bildung meint auch soziale und interkulturelle Kompetenz. Nicht die Kinder sind das Problem, sondern Bildung und Jugendhilfe, die an alten Strukturen festhalten.

Die Themen

Der Kongress wird mit einer Reihe von Vorträgen eröffnet, die sich mit grundlegenden Aspekten der aktuellen Debatten in der Jugendhilfe beschäftigen: Ausgangspunkt ist die Frage, was Kinder brauchen und wie sie zu ihrem Recht auf Bildung kommen. Das nächste Thema ist die Qualitätsentwicklung durch Prozesssteuerung und Evaluation. Und schließlich geht es um ein Thema, das bei allem angestregten Nachdenken über neue Inhalte und Funktionen von Bildung gar nicht mehr gesehen wird, das »Lernziel Lebenskunst«.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, ist eingeladen, ihre neue Kinder- und Jugendpolitik vorzustellen.

Der zweite Kongresstag ist Exkursionen und der Diskussion in Arbeitsgruppen vorbehalten. Dabei geht es nicht nur um den Bereich der Kindertagesstätten, sondern auch um die Benachteiligtenförderung in der beruflichen Bildung, die Schulsozialarbeit, die Zusammenarbeit von Hort und Grundschule und die Entwicklung einer »Sozialen Stadt«.

Der dritte Kongresstag dient der GEW-internen Auswertung: Welche Themen sind für die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik und der praktischen Arbeit von besonderer Bedeutung, welche Ziele nimmt sich die GEW für die nächsten zwei Jahre vor?

Teilnahmebedingungen: Die Teilnahme kostet für GEW-Mitglieder 60 EUR, (für Studierende + Arbeitslose 40 EUR), für andere 100 EUR. Darin enthalten sind die Tagungsteilnahme, Hotelunterkunft und Verpflegung während der Tagung. Kosten für An- und Abreise müssen selbst getragen werden. Tagesgäste zahlen 20 EUR (ermäßigt 15 EUR), Nichtmitglieder 30 EUR. Anmeldung an: GEW-Hauptvorstand, Büro Jugendhilfekonngress, Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main, Fax: 069/78973-103



Zum Schuljahr 2003/2004 suchen wir verschiedene Lehrkräfte für unsere städtischen Schulen:

Für unsere Gymnasien Maria-Theresia-Gymnasium Jakob-Fugger-Gymnasium

Lehrkräfte

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Gymnasien mit den Fächerverbindungen

- Wirtschaft/ Recht mit Beifach, möglichst Mathematik oder Englisch
- Mathematik mit Beifach, möglichst Physik oder Wirtschaft/Recht
- Biologie/ Chemie
- Deutsch mit Beifach, möglichst Englisch
- Englisch mit Beifach

Außerdem suchen wir

für unsere Reischlesche Wirtschaftsschule

bzw. für den Einsatz an unseren Berufsschulen

Lehrkräfte

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Gymnasien mit den Fächern

- Wirtschaft/ Recht mit bevorzugtem Zweitfach Deutsch oder Englisch
- Deutsch mit bevorzugtem Zweitfach Englisch oder Erdkunde
- Englisch/ Deutsch/ Sozialkunde

Für unsere beruflichen Schulen

(Berufsschulen und Reischlesche Wirtschaftsschule)

Lehrkräfte

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft mit beliebigem Zweitfach
- kath. Religionslehre
- Wirtschaftswissenschaften mit bevorzugtem Zweitfach Englisch oder Deutsch oder vertieften IT-Kenntnissen (Berufsausbildung als Bankkaufmann)
- Farb- und Raumgestaltung mit Zweitfach Mathematik (für unsere Berufsoberschule)

und pädagogisch ausgebildete

Fachlehrer/innen

für das Berufsfeld

- Schreibtechnik/Textverarbeitung

Ferner suchen wir

Diplomhandelslehrer/innen

- mit beliebigem Zweitfach, bevorzugt Englisch, Deutsch, Erdkunde oder Informatik mit vertieften IT-Kenntnissen (Berufsausbildung als Bankkaufmann)

Für unsere Agnes-Bernauer-Schule

(Realschule mit angegliederter Abendrealschule für Berufstätige) eine

Lehrkraft

mit abgeschlossener Ausbildung für das Lehramt an Realschulen mit der Fächerverbindung

Wirtschaftswissenschaften/ Erdkunde

Die Bereitschaft, an der Abendrealschule zu unterrichten, wird vorausgesetzt.

Im Laufe der Personalbedarfsplanung können sich auch in anderen Fächern noch Einsatzmöglichkeiten ergeben. Aktuelle Informationen sind dem Internet unter www.augsburg.de/lehrer.html zu entnehmen.

Die Besoldung bzw. Vergütung erfolgt nach dem Bundesbesoldungsgesetz bzw. nach dem Bundesangestelltentarifvertrag. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte bis spätestens **07.04.2003** mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugniskopien an das **Personalamt, Personalwirtschaft/2, Unterer Graben 6, 86152 Augsburg.**

Telefonische Auskünfte werden unter der Rufnummer (0821) 3 24 - 22 33 erteilt.

»Probiern wir's halt mit dem Weib einmal!«

Die Geschichte politisch aktiver Frauen steht im Schatten der Männer. Geschichte wird hauptsächlich von Männern gemacht. Da ist die Gewerkschaftsbewegung keine große Ausnahme. Das vom Landesfrauenausschuss des DGB Bayern herausgegebene Buch »Probiern wir's halt mit dem Weib einmal!« zeigt die Ausnahme von der Regel, indem es die Geschichte gewerkschaftlicher Frauenpolitik nach 1945 beleuchtet und damit eine Lücke schließt.

Persönliche Schilderungen und Kurzbiografien engagierter Vorreiterinnen der Gewerkschaftsbewegung ergänzen den Abriss der gewerkschaftlichen Frauenpolitik in Bayern. Darüber hinaus dokumentiert das Buch die Arbeit des DGB-Landesfrauenausschusses, der sich für die Gleichstellung der Frau, gerechte Entlohnung und Frauenförderung einsetzt. Dabei wird auch an den Kampf um den § 218 erinnert und das Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz nicht ausgespart. Es sind die persönlichen kleinen Geschichten, die das Buch auflockern und lesenswert machen. Couragierte Frauen berichten von ihren Kämpfen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften. Sie erinnern sich an all die Vorbehalte, die ihnen in der von Männern dominierten Arbeitswelt entgegenschlugen.



Das Buch kann bezogen werden bei: DGB Bayern, Abt. Frauenpolitik, Schwanthalerstr. 64, 80336 München, Tel.: 0 89-51 70 02 00/201; Fax: 0 89-51 70 02 44; e-mail: heide.langguth@dgb.de

Interessante Veranstaltungen ab März 2003

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

12.03.03	Ess-Störungen bei Jugendlichen Referentin von SEFRA	Mitglieder- versammlung	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
12.03.03	Überlastungskrankheiten in Bildungsberufen und traditionelle chinesische Medizin Mit Dr. Rudolf Kuder	Info-Abend	Würzburg Friedrich-König-Gymnasium 19.30 Uhr
18.03.03	Die aktuelle Rechtsprechung zum § 87 BetrVG: Kernbereich der Mitbestimmung des BR. */** Veranstalter: Fischer.Consulting	BR-Beratung	Nürnberg ZUMIKON
20.03.03	Eine Schule für alle Kinder mit Prof. Dr. Hans Wocken	gemeinsame Info- Veranstaltung der GEW Nürnberg und Lebenshilfe Nürnberg.	Nürnberg Karl-Bröger-Zentrum 19.30 Uhr
31.03. - 04.04.03	Bildungsmesse Nürnberg: Die ganze Welt der Bildung mit Info Café + Programm der GEW (siehe Aushang in diesem Heft). Veranstalter: Deutscher Didacta-Verband u.a. www.bildungsmesse-nuernberg.de	Kongress	Nürnberg Messe
31.03. - 04.04.03	Einführung in des Betriebsverfassungsgesetz */** mit Knut Becker	BR-Seminar	Thonlohe/Altmühltal
02.04.03	»Wellenbrecher« - Schüler sprechen Recht Ein Modell im Umgang mit Jugendlichen. Mit Uta Morhart	Mitglieder- versammlung	Aschaffenburg DGB-Haus, 20.00 Uhr
03.04.03	Lesen im Schatten von PISA - Möglichkeiten zur Förderung der Lesekompetenz. Mit Dr. Jörg Knobloch	Infoabend	Freising Domgymnasium 19.30 Uhr
04./05.04.03	Seminar für Neumitglieder - GEW Personal, Politik, Positionen kennen lernen *	Seminar	Markt Indersdorf
07. - 09.04.03	Die Betriebsversammlung - Vorbereitung, Organisation, Rhetorische Gestaltung */** Veranstalter: Fischer.Consulting	BR-Seminar	Haus Brannenburg (bei Rosenheim)
05. - 09.05.03	Betriebsratsarbeit in Tendenzbetrieben */** mit Knut Becker	BR-Seminar	Niederpöcking DGB-Bildungsstätte
09. - 15.06.03	»Segeln auf dem Wattenmeer mit Schulklassen« Segeltrön mit Zweimast-Klipper über westfriesische Inseln/Wattenmeer. Vorbereitung für Klassenfahrt. */**	Fortbildung	ab Harlingen, NL

* Anmeldung erbeten/Programm über:
GEW-Büro Regensburg, z.Hd. Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg,
Tel./AB/Fax: 09 41-79 36 95, E-Mail: GEW21972@aol.com

** Teilnahmegebühr

GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Pizzeria Venezia
Kontakt: Eberhard Rauch, ☎ 0 60 21/5 26 46

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Röhnerle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Bistro JoJo, Schulstraße
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tiere«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, DGB-Heim
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16 oder 9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtla
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStübel
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d.Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Korbinian
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau jeden 3. Dienstag in ungeraden Monaten, 20 Uhr, Weinstube Reutin
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen
jeden 3. Montag im Monat, 18.30 - 20.30 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
monatlich Montag im DGB-Haus, Terminübersicht bei Stefan Teuber
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 81 41/2 75 85

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Sabine Heigl, ☎ 0 89/2 71 38 39

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München GEW-Hochschulgruppe
jeden Dienstag 19.00 Uhr, AStA Uni München
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat,
20.00 Uhr, Beim Griechen/Müllerbrücklaue
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Leerer Beutel
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria
Milano/Zum Mareis
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr,
Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustübel (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schuldienstag nach Ferien), 20.30 Uhr,
Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 09 31/1 22 04

Lets netz:

Wir kicken Männergewalt aus dem Internet



Erste virtuelle Aktion anlässlich des Internationalen Frauentags

In München entsteht das erste virtuelle Aktionsnetz gegen Männergewalt im Internet. »Lets netz: Wir kicken Männergewalt aus dem Internet« will anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentags 2003 ein Zeichen setzen für ein Internet ohne Gewalt gegen Frauen, Mädchen und Buben. Viele Menschen und Organisationen sollen gemeinsam ein Netz knüpfen – virtuell und ganz real. Initiatorinnen von »lets netz« sind die Münchner Gleichstellungsstelle für Frauen und der Verein Kompetenz für Frauen e.V. in München.

Über das Internet finden menschen- und frauenverachtende Darstellungen ihren Weg an Arbeitsplätze, in Wohnungen – und zunehmend auch in Kinderzimmer. »Die Verfügbarkeit dieser Bilder wirkt in den Alltag hinein, beeinflusst das gesellschaftliche Bild von Frauen und Kindern, aber auch von Männern, und es verharmlost Gewalt«, sagt Friedel Schreyögg, Leiterin der Gleichstellungsstelle. »Unser virtuelles Rambazamba ruft daher auf zur Gegenwehr gegen sexualisierte Gewalt, Brutalität und Kriminalität«, so Inge Höhne, Initiatorin der Aktion und stellvertretende Leiterin der Gleichstellungsstelle.

Opfer der neuen Form von Menschenverachtung sind häufig Frauen und Kinder aus besonders armen Ländern. Aus wirtschaftliche Not werden sie gezwungen zur Darstellung und Darbietung sexualisierter Gewalt und zu Prostitution oder fallen in die Hände von skrupellosen Menschenhändlern. Das Geschäft mit realen Misshandlungen in einer virtuellen Welt ist immens: In Europa und den USA werden 70 Prozent des Online-Umsatzes mit Sex-Seiten gemacht. Elisabeth Seidel vom Verein Kompetenz für Frauen: »Wir wollen auf das Thema Internet-Gewalt aufmerksam machen, weil diese Schattenseite des WWW leider oft übersehen wird, wenn es um Bits & Bytes, Computer & Co geht.«

Im Internet ist unter www.fan2003.de eine Web-Seite eröffnet, bei der alle eingeladen sind mitzumachen. Mit einem Click kann Frau und Mann sich in das Frauen-Aktions-Netz einknüpfen. Start der interaktiven Click-Demonstration war der 1. März. Die Web-Seite enthält außerdem Informationen und Service-Angebote zum Thema. Für diese Aktion werden sollen im Internet abrufbare Banner sowie praktische Einkaufsnetze mit dem Aufdruck »Gewalt kommt nicht ins Netz«. Die Initiatorinnen rufen dazu auf, »lets netz« bekannt zu machen und zu unterstützen, sei es finanziell oder durch Werbemaßnahmen aller Art. Infos zum Mitmachen sind unter www.fan2003.de zu finden. Am 8. März fand auf dem Münchner Marienplatz schließlich eine gemeinsam mit dem DGB organisierte Protestkundgebung statt.

Unterstützung signalisieren bisher etwa hundert Frauenorganisationen und eine Vielzahl von Kommunal- und Landespolitikerinnen.

Informationen und Kontakt:
Landeshauptstadt München,
Gleichstellungsstelle für Frauen
Ansprechpartnerin: Inge Höhne
Tel: 089/233-92466 Fax: 089/233-24005
E-Mail: inge.hoehne@muenchen.de
www.fan2003.de